

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands, Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 80 H.

Der Schleier fällt.

Die große Bedeutung des jetzigen Abschusses eines für ganz Deutschland gültigen Tarifvertrages liegt darin, daß ein einheitlicher Ausgleich dieser Differenzen für große Vertragsgebiete und die Basis für gemeinsame Weiterarbeiten gefunden ist. — Was im einzelnen zu bessern, zu vervollständigen, zu beseitigen ist, wird 1910 geschehen, und ist einmal der Anfang gemacht, so wird in dauernden, periodischen Sitzungen der Tarif mit der fortschreitenden Zeit und der Wirtschaftsentwicklung im Einklang gehalten werden können. („Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“, Jahrg. 1908, Nr. 19 vom 8. Mai; „Friede im deutschen Baugewerbe“.)

So klang es, als die langwierigen Verhandlungen im Frühjahr 1908 zum Abschluß der Tarifverträge geführt hatten, in dem führenden Blatte der deutschen Bauunternehmer. So nett dies Gerede war, so wenig hatte es zu bedeuten. Ein Ideologe, den ein Zufall in die Redaktion eines Unternehmerblattes geführt hat, äußerte seine überschwänglichen Hoffnungen — weiter war es nichts. Kein Kundiger ließ sich dadurch verleiten, an die Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern einen falschen Maßstab zu legen, oder die zwingenden Gründe zu übersehen, die die Unternehmer bei den damaligen Verhandlungen zu ihrer Haltung bestimmt hatten. Man braucht nicht gerade anzunehmen, daß jene Sätze auf die Täuschung der Arbeiter berechnet waren, aber die leitenden Männer im Unternehmerlager müßten bei ihrer Lektüre innerlich geschmunzelt haben: wie waren diese Sätze doch geeignet, die wahren Absichten der Unternehmer zu verbergen!

Selbstverständlich haben sich die Arbeiterorganisationen nicht um ihre Friedenssprachen gekümmert, sondern haben aus ihrer langen Erfahrung heraus das getan, was für den Frieden — wie für den Kriegesfall das Beste war: nämlich gerüstet.

Obwohl für die Öffentlichkeit nur wenig Anzeichen vorlagen, die eine Deutung der Absichten der Unternehmer zuließen, konnte man doch wahrnehmen, daß dort die ganze Entwicklung auf eine gewalttätige Auseinandersetzung hingesteuert werde. Schon der geheimnisvolle Schleier, den man über alle die Tarifbewegung im nächsten Jahre betreffenden Maßnahmen vorzugsweise breitete, ließ solche Absichten vermuten. Wir wollen heute diesen Schleier ein wenig lüften. Der Unternehmer grausames Schicksal hat uns wieder ein kleines Papierchen zugetragen, eins von der bekannten Sorte. Sein Inhalt läßt uns erkennen, mit welchen Absichten man sich im Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe trägt. Der Vollständigkeit halber und um etwaige Zweifel an seiner Echtheit zu beseitigen, drucken wir es ganz ab. Es lautet:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe Landesverband Württemberg (E. B.)
Protokoll der ordentl. General-Versammlung Neutlingen, 26. April 1909, Gaisbuis „Zur Schwane“.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht.
3. Antrag auf Entlastung des Ausschusses und Kassierers.
4. Bericht über die Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Cassel, 29./30. März 1909.
5. Neuwahl des Ausschusses und der Ersatzmänner.
6. Anträge aus der Versammlung. 7. Wahl des Ortes für die nächste Generalversammlung. 8. Verschieben des Die Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 33 Mitgliedern.

Der Vorsitzende Busch eröffnet die Sitzung um 11 Uhr mit einer Begrüßungsrede und eröffnet hierauf den Geschäftsbericht über das Jahr 1908/09. Er führt dabei etwa folgendes aus:

Der Mitgliederbestand betrug im Jahre 1907 510, Es sind im verfloßenen Geschäftsjahr 70 Austritts-

erklärungen, meistens Zimmermeister, infolge Todesfalls, Geschäftsaufgabe usw. erfolgt. Neueingetreten sind im ganzen 30.

Der Mitgliederbestand beträgt demnach Ende 1908 circa 470 Mitglieder. Eine besonders lebhaftes Werbetätigkeit konnte sich deshalb nicht entfalten, weil seitens der Ortsverbände im Lande die für eine wirksame Agitation zur Werbung neuer Mitglieder so notwendigen Vorarbeiten ganz unterlassen worden sind.

Nur die Vereinigung Schwarzwälder Maurermeister hat auf Anregung unfres Ausschusses die Einigen zu ihrer Jahresversammlung am 18. Dezember 1908 eingeladen; es ist hierbei auch gelungen, dem Verbands zehn neue Mitglieder zuzuführen. Meine Herren, wir kennen eben die totalen Verhältnisse in den verschiedenen Oberämtern nicht und noch viel weniger diejenigen Meister, welche unfre Sache bis jetzt nicht beigetreten sind; es liegt doch im eigensten Interesse der ortsanfässigen Meister, die noch Fernstehenden zu einer Versammlung einzuladen, in welcher wir dann die Zwecke und Ziele unfres Verbandes klarlegen und die Eäumigen zum Beitritt aufzuredern können.

Ruhige Zeiten sind überhaupt für eine ersprießliche Propaganda wenig geeignet. Anders dagegen, wenn die Meisterschaft von ihren Arbeitern gehörig drangsalirt und so schlecht wie möglich behandelt wird; dann erst erinnern sich die Herren, daß es einen Landesverband im Baugewerbe gibt, der die Macht hat, die Interessen seiner Mitglieder mit dem nötigen Nachdruck zu verteidigen.

Es fragt sich, ob es nicht zweckmäßig wäre, dem Beispiel des Verbandes der Metallindustrie zu folgen und den Schutz des Verbandes solchen Kollegen zu verweigern, welche erst zum Beitritt sich melden, wenn sie mit ihren Arbeitern in Streit geraten.

Die Tätigkeit des Ausschusses war während der vorjährigen Schonzeit keine besonders intensive; es fanden statt zwei Konferenzen in Freiburg und Berlin, zehn Ausschusssitzungen, drei Generalversammlungen (zwei außerordentliche); die erste betraf die Baupolizei unfres Mitgliedes Mayer und die dritte die Austrittserklärung aus dem deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.

M. H., dieses entschiedene Vorgehen hat gute Früchte getragen und hat den Herren in Berlin gezeigt, daß über die Wünsche und Forderungen der Landesverbände nicht ohne Gefährdung des ganzen Bundes einfach zur Tagesordnung übergegangen werden darf. Nach eingehender Beratung und richtiger Würdigung des Einlebens des Zentralverbandes wurde beschlossen, den Austrittsbeschluss vom 9. Oktober, betr. die Zurücknahme unfre Austrittserklärung zu unterstützen. (Da Redner dazu nicht abkommen konnte, so haben sich die Kollegen Barth und Stöckle zu dieser Konferenz begeben.)

In jener Vorstandssitzung ist uns der weitgehendste Schutz des Bundes zugesichert worden und eine Kommission eingesetzt worden, welche den Normalvertrag einer Umarbeitung in dem vom Landesverband Württemberg angeregten Sinne unterziehen soll.

Die Dreizehner-Kommission, in die Kollege Barth gewählt wurde, hat ihre Aufgabe nahezu beendet. Die Sache soll aber so geheim gehalten werden, daß sogar die Mitglieder des Gesamtverbandes ganz zuletzt Kenntnis erhalten werden. Diese Zurückhaltung ist sehr angebracht; denn unfre Gegner sind leider mit allen unfren Abmachungen stets auf dem Laufenden, einerlei ob solche unter der Deckadresse „Vertraulich“ verschickt werden oder nicht. (Die ahnungsvollen Engel!)

Das ist auch der Grund, weshalb wir keine schriftlichen Mitteilungen irgendwelcher Art und Bedeutung an unfre Mitglieder verschicken. Unser Verband verfolgt die Wahrung der Interessen der Meisterschaft im Baugewerbe. Dabei muß sich die Verbandsleitung die jeweils zu wählende Taktik vorbehalten, sei es im Falle der Abwehr oder des Angriffs. Wir können nicht wie eine Innung oder eine Genossenschaft den Weg der schriftlichen Mitteilungen an die einzelnen Mitglieder verfolgen. Deshalb müssen eben in den Ausschuss Männer gewählt werden, die ohne weiteres volles Vertrauen genießen.

In der Generalversammlung in Heilbronn ist, wie Sie aus dem Protokoll erfahren werden, dem Antrag des Herrn Lindemann-Ullrich nach lebhafter Unterstützung und wertvollen Mitteilungen von Herrn Röder-Neutlingen, einen Kollektivbezug von Portlandzement vom Rheinisch-Westfälischen Zement Syndikat in die Wege zu leiten, stattgegeben worden. Die Geschäftsleitung trat sodann mit dem Syndikat in Verbindung; letzteres zeigte sich nicht abgeneigt, zu den mitgeteilten Bedingungen einen Kollektivvertrag einzugehen. Unfre Mitglieder wurden durch Zirkular von der Sachlage in Kenntnis gesetzt. Leider blieb aber bis jetzt ein erheblicher Teil unfre Anfragen über den fälligen Zementbedarf unbeantwortet. Das Bedürfnis nach einer solchen Einkaufsgenossenschaft scheint also nicht gerade dringend zu sein.

Am 31. Januar fand in Freiburg die Generalversammlung des badischen Landesverbandes statt, wozu der Redner, sowie Mitglied Stöckle teilnahmen. Derartig gegenseitige Beziehungen sind ja gewiß schön und nützlich. Wir haben jedoch seither davon Abstand genommen, da unfre Verhandlungsgegenstände vorwiegend lokaler Natur sind und weil derartige Einladungen gewisse gesellschaftliche Verpflichtungen mit sich bringen, die wir dem Tagungsort nicht zumuten wollen.

Anlässlich des siebzigsten Geburtstages des Bureauvorsitzenden, Baurat Fellisch, hat der Ausschuss, einer Anregung des Zentralverbandes folgend, M. 200 zu der Fellisch-Feierabend-Stiftung (für bedürftige Meister) gegeben.

Mit unfrem Sekretär Bäder hatten wir kein Glück, so daß schließlich seine plötzliche Entlassung (am 18. Februar) notwendig wurde.

Am 12. Februar wurde Herr Dr. Döpner unter 18 Bewerber zum Sekretär gewählt. Bis zu dessen Eintritt, 1. April, vertrat Herr Notariatsassistent Pring die Geschäfte des Sekretärs. Wir glauben, daß durch die Wahl eines in der Interessensvertretung erfahrenen Herrn, des Herrn Dr. Döpner, einer erfolgreichen Propaganda nichts im Wege steht, Voraussetzung bezw. Hauptbedingung bleibt jedoch, wie schon erwähnt, die Agitationstätigkeit der Ortsverbände. Zu erwähnen ist noch, daß im Februar bezw. März d. J. zwei Zusammenkünfte der Vorstände sämtlicher größeren technischer Vereinigungen Württembergs unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorstandes des Bauwerkmeistervereins stattgefunden haben zwecks Gründung eines Kartells zur gemeinsamen Verfolgung der Ständesinteressen.

Die Vereinigung ist bis jetzt nicht vollzogen, wird aber, dem Beispiel Badens folgend, demnächst zum Abschluß gelangen. Der Vorsitzende hat den Anschließ des Verbandes, vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses, ausgesetzt.

Hierauf wird in die vorstehende Tagesordnung eingetreten.

Auf Wunsch verliest zuerst der Sekretär das Protokoll der vorjährigen Generalversammlung zu Heilbronn.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung erstattet der Kassierer Meßmann-Stuttgart den Kassenbericht, woraus zu entnehmen ist, daß die Kasse am 21. April 1909 von den Mitgliedern Brenner-Stuttgart und Friedr. Widmann-Stuttgart geprüft und in Ordnung gefunden wurde. Die Einnahmen betragen M 8050,10, denen Ausgaben in Höhe von M 7000,10 gegenüberstehen.

Punkt 3. Der Antrag des Vorsitzenden auf Entlastung des Ausschusses und des Kassierers wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 4 erstattet der Sekretär Dr. Döpner ein ausführliches Referat über die Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Cassel 29./30. März 1909, woraus als besonders wesentlich die Frage der Schaffung einer unparitätischer Arbeitsnachweisweise hervorzuheben ist.

Der Vorsitzende verbreitet sich über diese Angelegenheit und stellt den Antrag: Von der Errichtung einer unparitätischer Arbeitsnachweisweise abzusehen, da kein Bedürfnis hierzu vorliegt, weil sich in Württemberg die „Umschau“ eingeführt und bewährt hat. Ferner beantragt der Vorsitzende, den Gegenstand nochmals auf die Tagesordnung einer in Stuttgart abzuhaltenden außerordentlichen Generalversammlung zu setzen.

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Punkt 5. Neuwahl des Ausschusses und der Ersatzmänner. Hierbei kommt es zu längeren Erörterungen über die ausstehenden Ausschuhmitglieder; es wird deren teilweise Ineresslosigkeit einer scharfen Kritik unterzogen. Es folgen hierauf Vorschläge für die Neuwahl. Fr. Widmann-Stuttgart wünscht für das nächste Mal einen Wahlvorschlag von seiten des Vorstandes. Der hierauf vorgenommene Wahl hat folgendes Ergebnis:

Ausschuhmitglieder:

von Stuttgart: Busch, Barth, Meßmann, Stöckle; von Ulm: Fuchs; von Neutlingen: Röder; von Ehlingen: Wob. Ersatzmänner:

von Stuttgart: Hofacker, Hangelier, Fr. Widmann; von Schwemingen: Heinichen; von Göppingen: Kübler; von Heilbronn: Koch; von Feuerbach: Fahrion.

Punkt 6. Anträge aus der Versammlung.

Der Vorsitzende stellt unter Berichtserstattung den Antrag auf Ordnungsmäßigen Wiedereintritt in den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Einstimmig angenommen.

Ferner beantragt der Vorsitzende, die Verbandsstatuten derart zu ergänzen, daß hinter § 4 Abs. 1 eingefügt werden soll: „und hat jeder Ortsverband die Verpflichtung, mindestens zwei Delegierte hierzu zu entsenden“.

Zur Begründung weist der Antragsteller auf den schwachen Besuch der Versammlung hin. Nach Unterstützung durch Stöckle-Stuttgart wird der Antrag einstimmig angenommen.

Strecke-Ehlingen stellt den Antrag, es sollen nicht immer sämtliche Ausschuhmitglieder neu gewählt werden, bzw. nicht alle nach einem Jahr auscheiden. Der Antrag wird nach kurzer Diskussion fallen gelassen.

Röder-Neutlingen bespricht hierauf den geplanten Vertrag mit dem Zementyndikat und beantragt die Eingebung dieses Vertrages. Fuchs-Ulm empfiehlt einen Vertrag mit dem rheinisch-westfälischen Syndikat, Kübler-Göppingen dagegen mit dem süddeutschen Syndikat.

Der Antrag Röder wird sodann angenommen, und zwar soll zunächst mit der Verkaufsstelle Seibelsberg des süddeutschen Syndikats verhandelt werden.

Fuchs stellt den Antrag: Der Landesverband Württemberg möge in engere Fühlung mit den Nachbarverbänden treten, und dafür besorgt sein, daß im Jahre 1909 die noch fernstehenden Baugeschäfte Württembergs möglichst alle dem Verbande beitreten. Der Antrag, der wiederholte Auslassungen über die geeignete Art der Agitation und die Mitwirkung der Ortsverbände zur Folge hat, wird einstimmig gutgeheißen.

Bei Punkt 7 wird als Ort der nächstjährigen ordentlichen Generalversammlung Göppingen erwählt.

Unter „Verschiedenes“ bespricht der Vorsitzende, die nächste ordentliche Generalversammlung früher einzuberufen, und appelliert sodann an das Solidaritätsgefühl der Mitglieder. Der Kampf im nächsten Jahre werde unternehmlich sein, weshalb es dringend notwendig sei, daß die Kollegen in engster Fühlung ihre gemeinsamen Interessen verfolgen.

Nachdem noch ein Antrag Fuchs-Ulm auf Verbesserung des gedruckten Protokolls an alle Mitglieder angenommen wird, schließt der Vorsitzende die Versammlung um 1 Uhr.

Hierauf, gemeinsamen Mittagessen.

Stuttgart, im Juni 1909.

Der Sekretär: Dr. Döpner. Der Vorsitzende: G. Busch.

Das Protokoll zeigt uns:

- 1. daß der Bund in den neu abzuschließenden Verträgen die Löhne für „tüchtige“ Maurer usw. festsetzen will;
2. daß das ganze Vertragsmuster nach den Wünschen des württembergischen Verbandes formuliert werden soll, der aus dem Bunde austrat, weil ihm das jetzt geltende Vertragsmuster zu arbeiterfeindlich war;
3. daß man in den leitenden Kreisen der Unternehmener den Kampf im nächsten Jahr will;
4. daß wir alle Kräfte ausspannen haben, um die Organisation zu kräftigen.

Das Protokoll gibt uns die Gewißheit, daß im nächsten Jahre gekämpft werden muß. So wenig, wie wir uns im vorigen Jahre der Willkür des Unternehmerrbundes beugten, so wenig werden wir es in diesem Jahre tun. Man beachte die durch den Druck hervorgehobenen Stellen des Protokolls: Das neue Vertragsmuster soll nach den Wünschen des württembergischen Landesverbandes formuliert werden, und diese Wünsche gehen auf die Einfügung des Wortes „tüchtig“ hinaus, jenes Wortes, das die Gewerkschaften in der gedachten Bedeutung nie akzeptieren können, weil damit eine wichtige Erwerbsmöglichkeit unserer Organisation, die Festsetzung eines Mindestlohnes, aufgegeben wäre. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe weiß, daß die Arbeiterorganisationen diesen Absichten den äußersten Widerstand entgegenzusetzen werden: daß er sie doch verfolgt, ist ein Zeichen dafür, daß er den festen Willen hat, einen Kampf herbeizuführen. Darin kann es nun keinen Zweifel mehr geben. Das geheimnisvolle Getue auf der Generalversammlung in Cassel, die Verweisung der Tarifangelegenheiten an die Dreizehner-Kommission, die Heranziehung eines so harten Streitgegenstandes, wie es die unparitätischer Arbeitsnachweise sind, die mancherlei Andeutungen über die künftigen besseren Tarifabschlüsse und nun die Enthaltungen dieses Protokolls — das alles zusammengenommen genügt, um die bisher den Ansehenswerten zweifelhaften Lage sonnenklar werden zu lassen: Es soll gekämpft werden, der Unternehmerbund will es, weil in ihm die Scharfmacher obenauf sind.

Kollegen! In den nächsten Wochen sind unsere Agitationsversammlungen. Sorgt dafür, daß ihnen kein Kollege fern bleibt, damit Klarheit über die Lage bis in die entlegensten Orte kommt. Unterstützt die Versammlungsagitation durch eine nachhaltige Agitation auf den Bauten und in den Wohnungen der Untergangenen. Bei all Euerem Tun denkt an den Ernst der Zeit!

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Von Carl Legien.

III.

Die Jahresausgaben für 1908 im Gesamtbetrag von M 42 057 516 sind nur um rund 1 Million Mark niedriger als im Jahre 1907, obgleich die Aufwendungen für Streiks und Auspierungen um M 8 244 474 geringer waren als im Vorjahre, wogegen die Ausgaben für sonstige Unterstüzungen enorm gestiegen sind. Auf die einzelnen gewerkschaftlichen Zwecke entfielen 1908 an Ausgaben:

Table with 3 columns: Unterstüzungsart, Organisationen, M. Lists various categories like Reiseunterstüzung, Umzugsunterstüzung, Arbeitslosenunterstüzung, etc., with corresponding counts and amounts.

In wie enormer Weise sich die Aufwendungen für Unterstüzungen im letzten Jahre gesteigert haben, mag eine Gegenüberstellung der hauptsächlichsten Ausgabenposten zeigen. Es veranschaulicht die Gewerkschaften für:

Table comparing 1908 and 1907 expenditures for categories like Reiseunterstüzung, Umzugsunterstüzung, Arbeitslosenunterstüzung, etc.

Noch deutlicher kommt die Belastung der einzelnen Gewerkschaften mit Ausgaben für Unterstüzungen zum Ausdruck, wenn diese pro Kopf der Mitglieder berechnet werden. Es zahlten an Arbeitslosenunterstüzung pro Kopf der Mitglieder:

Schuhmacher M 32,62, Bildhauer 24,38, Glaser 14,08, Buchbinder 12,74, Notenfischer 12,22, Tapezierer 10,45, Putzmacher 10,02, Lithographen 9,98, Holzarbeiter 9,63, Lederarbeiter 9,54, Porzellanarbeiter 9,26, Metallarbeiter 9,05, Zimmerer 9,02, Kupferschmiede 7,36, Buchbinder 6,98, Zigarrenfortierer 6,74, Sattler 6,56, Formstücker 6,53, Glasarbeiter 6, Photographen 5,82, Xylographen 5,82, Maschinisten 5,53, Schmiede 4,70, Wötter 4,54, Portefeuille 3,81, Bäcker und Konditoren 3,76, Schiffszimmerer 3,65, Schuhmacher 3,18, Buchdruckereihilfsarbeiter 3,01, Transportarbeiter 2,44, Fabrikarbeiter 2,39, Friseur 2,20, Mühlenarbeiter 2,18, Gärtner 1,98, Brauereiarbeiter 1,39, Tabakarbeiter 1,21, Handlungsgehilfen 0,92, Bureauangestellte 0,74, Gemeinbearbeiter 0,46, Fleischer 0,23, Schirmmacher 0,21, Bergarbeiter 0,16, Steinseher 0,07.

An Krankenunterstüzung veranschaulichten pro Kopf der Mitglieder:

Notenfischer M 19,46, Lithographen 17,79, Buchbinder 15,87, Formstücker 11,76, Zigarrenfortierer 9,55, Metallarbeiter 8,47, Wötter 7,93, Schmiede 7,03, Tabakarbeiter 6,45, Hafnarbeiter 6,31, Holzarbeiter 5,91, Sattler 5,82, Kupferschmiede 5,08, Putzmacher 4,82, Schuhmacher 4,80, Porzellanarbeiter 4,50, Töpfer 4,48, Mühlenarbeiter 4,07, Schiffszimmerer 3,81, Fabrikarbeiter 3,80, Gastwirtsgehilfen 3,68, Bildhauer 3,49, Portefeuille 3,45, Brauereiarbeiter 3,35, Steinarbeiter 3,12, Kirchner 2,65, Bauhilfsarbeiter 2,58, Gemeinbearbeiter 2,56, Maler 2,53, Zertilarbeiter 2,43, Transportarbeiter 2,34, Apphalteure 2,33, Maurer 2,29, Bergarbeiter 2,27, Schneider 2,01, Bureauangestellte 1,98, Buchdruckereihilfsarbeiter 1,89, Bäcker und Konditoren 1,72, Steinseher 1,66, Hotelbdiener 1,49, Buchbinder 1,41, Tapezierer 1,16, Blumenarbeiter 1,07, Handschuhmacher 0,82, Fleischer 0,56, Glaser 0,52, Seelente 0,52, Friseur 0,21, Photographen 0,19, Gärtner 0,09, Handlungsgehilfen 0,06.

Das Jahr 1908 hat bezüglich dieser Unterstüzungen ganz ungemein hohe Anforderungen an einzelne Organisationen gestellt. Aber diese haben die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit bestanden. So erfreulich dies auf der einen Seite ist, so tief muß man bedauern, daß der Staat sich der Verpflichtung entzieht, die Arbeitslosen, die durch das heutige, mittels staatlicher Macht gestützte Wirtschaftssystem eristenzlos wurden, zu unterstützen. Im Gegenteil vermehrte er noch die Notlage der Arbeiter durch künstliche Verteuerung der Nahrungsmittel und notwendigsten Gebrauchsgüter. Dann glauben schließlich die Stützen von Staat und Gesellschaft, den Arbeiter tabeln zu müssen, wenn er sich durch politische Betätigung und durch Unterstützung der Partei, die allein für die Interessen der Arbeiterklasse eingetreten ist, gegen dieses Staats- und Wirtschaftssystem auflehnt. Nicht Anerkennung für die Arbeiter, die durch gewerkschaftliche Organisationen die Härten dieses Systems zu mildern suchen, sondern Verfolgung und Bekämpfung dieser Organisationen gilt auch heute noch als dem Staatswohl dienend. Dabei haben diese Gewerkschaften mehr für die Wohlfahrt der Arbeiterklasse geleistet als irgendeine andre Vereinigung je zuvor oder zurzeit. In den letzten 18 Jahren veranschaulichten die Zentralverbände für:

Table listing support for various categories like Streikunterstüzung, Arbeitsunfähigen (Kranken-)unterstüzung, Arbeitslosenunterstüzung, etc., with amounts in M.

Insgesamt eine Ausgabe von M 143 924 398, die die Arbeiter von ihrem künftigen Verdienst sich abgegarbt haben, um durch die Organisationen dem Wohle

der Arbeiter und damit dem Wohle des Volkes zu dienen.

In den Unterstützungsrichtungen selbst sowie bezüglich der Verwaltung, der Herausgabe der Verbandsorgane und den internationalen Verbindungen sind im letzten Jahre wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Reiseunterstützung wird von 46, Umzugsunterstützung von 35, Arbeitslosenunterstützung von 49, Invalidenunterstützung von 6, Unterstützung in Sterbefällen von 49 und in Notfällen von 33 Organisationen gezahlt. Die Auflage der gesamten Gewerkschaftsblätter betrug 1 951 285 Exemplare.

Die Fische im Eisen.

Die Haltung der bürgerlichen Arbeiterabgeordneten bei der Reichsfinanzreform hat die christlichen Gewerkschaften in eine schlimme Situation gebracht. Vor der deutschen Arbeiterschaft sind sie auf schwerste Kompromittiert und in den eignen Reihen herrscht eine starke Empörung über die ungeheuerliche Massenbelastung, die mit Hilfe der christlichen Arbeiterführer zustande kam. 400 Millionen Mark neuer Steuern halfen diese „Arbeitervertreter“ den Arbeitern, dem armen Volke aufhalsen, für dessen Wohlfahrt sie zu kämpfen vorgeben. Betrachten wir uns die Haltung der christlichen Arbeiterabgeordneten zu einzelnen Phasen des Steuerkampfes etwas näher.

Bei der am 24. Juni erfolgten Abstimmung über die von der Regierung vorgeschlagene überaus mäßige Erbschaftsteuer, die in erster Linie die Reichen treffen sollte, stimmten fünf von den sechs christlichen Arbeitervertretern, und zwar die Abgeordneten Becker, Arnsholtz, Giesbertz, Schiffer, Schirmer und Wiedeberg gegen die Steuer. Anstatt gegen den Kaffeesteuer und Zeezoll zu stimmen, entschlössen sich fünf von den sechs christlichen „Arbeiterabgeordneten“ der Stimme, während der Abgeordnete Giesbertz sogar für diese neue Volksbelastung stimmte. Für das Branntweinsteuergesetz stimmten außer Schirmer alle bürgerlichen Arbeiterabgeordneten, für die Besteuerung der Beleuchtungsmittel alle außer Behrens. Dagegen stimmten alle sechs gegen die Einföhrung der von den Sozialdemokraten beantragten Paragraphen, nach denen die durch das Gesetz arbeitslos werdenden Tabakarbeiter und Branntweinarbeiter entschädigt werden sollten. Statt dessen brachte Giesbertz einen Antrag ein, der den sozialdemokratischen arg verwarf, so daß an eine halbwegs ausreichende Entschädigung der Tabakarbeiter nicht zu denken ist. Die durch das Branntweinsteuergesetz arbeitslos werdenden Arbeiter aber erhalten gar nichts. Für die Branntweinsteuer stimmten die Abgeordneten Behrens und Giesbertz, während sich die andern vier der Abstimmung enthielten. Alle christlichen „Arbeitervertreter“ außer Giesbertz stimmten gegen die Entschädigung der durch die Besteuerung der Branntweinarbeiter arbeitslos werdenden Arbeiter. Keiner der christlichen Arbeiterabgeordneten stimmte für Aufhebung der Fahrkartensteuer und der jetzigen Zuckersteuer. Bei der Gesamtstimmung über das Finanzgesetz in der dritten Lesung stimmten alle christlichen Arbeiterabgeordneten für das Gesetz; sie halfen also alle mit, den von ihnen vertretenen Arbeitern 400 Millionen Mark neue Steuern aufzubürden.

Das sind so einige Beispiele, in welcher Weise die bürgerlichen Arbeiterabgeordneten, die zugleich Führer der christlichen Gewerkschaften sind, die Interessen der Arbeiter im allgemeinen und das Interesse der von ihnen geleiteten Gewerkschaften im besonderen „betreten“. Ist es da ein Wunder, daß ihre eignen Anhänger rebellisch werden? Die christlichen Arbeiter mühten ja unerhörte Schlämreden sein, wenn sie sich eine solche Haltung ihrer Führer stillschweigend gefallen ließen. Was sie in jahrelangen schweren und opfervollen Kämpfen an Lohnerhöhung errungen haben, das halfen ihnen ihre eignen Führer durch eine unerhörte Steuererschöpfung wieder rauben. Und nachdem es ihnen geraubt ist, müssen die Arbeiter erneute Kämpfe führen und erneute Opfer bringen, um die Verräterei ihrer Führer wieder gut zu machen. Dazu kommt noch, daß die Unternehmer und Fabrikanten den wegen einer Lohnerhöhung vortrefflich werdenden christlichen Arbeitern mit vollem Recht nachsehen dürfen, als Antwort geben können, wenn sie ihre Forderungen damit begründen, daß nun alles wieder teurer werde, so wie dies kürzlich der Textilfabrikant Morik Steinberg in München-Ob- und Untertal tat. Bei ihm fanden die christlich organisierten Textilarbeiter im Streit. Als die Arbeiter am 16. Juli ihre Lohnforderung damit begründeten, daß nun alles wieder teurer werde, da erwiderte ihnen Steinberg: „Ja, da seid Ihr selber schuld, warum wählt Ihr Euch solche Vertreter, die Euch die Werkzeuge zur Verfügung stellen.“ Man kann sich denken, welche Wirkung das bei den christlichen Arbeitern hervorgerufen muß.

Eine Anzahl frommer Zentrumsblätter gibt sich nun die redlichste Mühe, den Arbeitern die neuen Steuern schmackhaft zu machen. Zwar müssen sie zugeben, daß es

neue schwere Lasten sind; aber wenn die Arbeiter nicht darüber klagen, sondern sich mit der Laskage abfinden, dann geht es schon. „Die Gesetze sind nun einmal da, gezahlt muß werden, davon heißt keine Maus einen Faden ab.“ Nur herzhaf, in den „sauren Apfel“ beißen, dann schmekt er auch. In Deutschland werden die Arbeiter nur „mit Nuten gestrichen“, in andern Ländern aber „mit Storpionen gegeißelt“, darum: „Es lebe das deutsche Steuerystem!“ Die Steuerlast ist mit einer Tracht Schwämme zu vergleichen: wenn man sich erst um diese Tracht herumstellt und die Tränen auf die Schwämme fließen läßt, so wird die Last nur noch schwerer. Wer klug ist, greift frisch zu und hupp hat er die Gesichte auf dem Rücken. Ungeheim ist es nicht, aber es geht!“ Was man tun kann und soll, ist gegeben in dem bekannten Ratsschlag eines erfahrenen Millionärs: Wenn du reich werden willst, so verlass dich auf keine andern Mittel, als auf Fleiß und Sparsamkeit!“ Es geht schon, wenn man es nur richtig anfängt. Schreiben hilft nicht; man muß sich nach der Decke zu strecken wissen.“ Statt fünf Zigarren raucht man nur noch vier, und so hält man es auch mit andern Sachen, kurz: spart nur, Ihr Arbeiter, schränkt Euch ein, beißt die Zähne zusammen und tragt die neuen Lasten, die Euch Eure christlichen Führer mit auflegen halfen, mit Geduld. Es wird Euch zwar schwer fallen, aber es geht. Ein bißchen mit Nuten gestrichen werden, welder christliche Arbeiter wollte das im Interesse der Junter und Kapitalisten nicht gern aushalten? Das etwa ist der Sinn eines in den Zentrumsorganen des Ruhrgebiets enthaltenen Artikels. Daß aber solche Beschönigungsartikel, dazu „angehen sein könnten, die christlichen Arbeiter mit den neuen Steuern zu versöhnen, das wagt wir trotz allem, was wir auf diesem Gebiet schon erleben, nicht zu glauben.

Wir sehen denn auch, daß die „Arbeitervertreter“ von ihren eignen Anhängern hauptsächlich Ohfseigen erhalten. So forderte, um nur einige Beispiele anzuführen, der Leiter des christlichen Konsumvereins im Kreise Essen, Bissel, u. a. mit folgenden Worten zum Beitritt in diesen Verein auf:

„In der gegenwärtigen Zeit, wo die Folgen einer unglücklichen Finanzpolitik durch Verteuerung der notwendigen Lebensmittel- und Gebrauchsmittel, wie Kaffee, Mehl, Brot, Fleisch, Fettwaren, Tee, Bier, Tabak, Streichhölzer usw., sich bemerkbar machen, sollten alle Konsumanten an Erparnismaßnahmen beim Einkauf denken. . . Die Kaufende Beamten und Arbeiter, deren Einkommen heute schon bis zum letzten Pfennig besteuert wird, die durch die immer höher werdenden direkten Steuern auf empfindlichste getroffen werden, sollen für die teure Sorge um Frau und Kinder um einiger Kleinfrauleute bezu. Krämer willen, die in Kürze doch vom privaten Großkapital verdrängt werden, nochmals mit 10 pzt. ihres Einkommens, das in den meisten Fällen eben zum Leben reicht, besteuert werden.“

Und in einer Mitgliederversammlung der christlich organisierten Arbeiter in Donaueschingen übte der dortige katholische Stadtparrer Dr. Feuerstein, ein anscheinend noch etwas volkshreundlich gesinnter Mann, an der Schonung der oberen Klassen und der unerhörten Besteuerung des Massenkonsums scharfe Kritik.

In einer besonders unangenehmen Lage befindet sich bei einem solchen Stand der Dinge natürlich die christliche Gewerkschaftspresse. Sie windet sich hin und her, wie ein Fisch im Eisen, jähret und macht die tollsten logischen Sprünge. Sie hat ihren Lesern am Anfang der Steuerkampagne den geplanten Auszug auf die Taschen der Kerzisten zum Teil mit scharfen Worten denunziert, jetzt soll sie plötzlich nachweisen, daß die Beteiligung der christlichen Arbeiterführer an diesem Auszug doch eigentlich im Interesse der Arbeiter erfolgt ist. Denkende Arbeiter von dieser Behauptung zu überzeugen, ist natürlich unmöglich, ebenso wie es unmöglich ist, daß die Redakteure dieser Blätter selbst an eine solche Behauptung glauben. Man schämt sich wohl auch, den Steuerraub offen zu verteidigen, darf aber doch andererseits die kompromittierten Führer und Abgeordneten nicht in ihrer schlimmen Patsche sitzen lassen. So sind denn diese Blätter genötigt, höhere Akrobatiknummern auszuführen, um sich aus ihrer unangenehmen Situation herauszuwinden. Gleichzeitig soll nach außen auch die Meinung erweckt werden, als ob die christlichen Arbeiter gegen den Verrat ihrer Führer gar nichts einzubringen hätten, obwohl in der Öffentlichkeit längst bekannt ist, daß es hinter den Kulissen ganz anders aussieht, als man der Welt glauben machen will. So brachten kürzlich, als der Abgeordnete Giesbertz hinter verschlossenen Türen den Essener Zentrumsvertrauensleuten Bericht über seine Tätigkeit bei der Reichsfinanzreform erstattete, Essener Zentrumsblätter einseitig Seitenlange Berichte über Giesbertz Ausführungen, während sie die Diskussionsvollständig unterließen. Später meldete ein nationalliberales Blatt aus dieser Sitzung folgendes:

„Fast alle Redner gingen mit Herrn Giesbertz hart ins Gericht; besonders scharf wurde er von den Gewerkschaftsvertretern Strunk und Bissel angegriffen. Man machte dem Essener Abgeordneten den Vorwurf, daß die Arbeiterinteressen in der Zentrumsfraktion nicht gewahrt worden seien. Ueberhaupt neige die Partei zu sehr nach rechts. Heute gäbe es nicht nur evangelische Konserwativen, sondern auch zahlreiche katholische Abgeordnete konserwativer Couleur. Statt mehr Arbeiterabgeordnete zu wählen, stelle man einen Ubeligen nach dem andern auf. Die Stellungnahme Giesbertz habe der Zentrumspartei im hiesigen Wahlkreise sehr geschadet, was die nächsten Wahlen beweisen werden. Herr Giesbertz erklärte auf diese Vorwürfe u. a., daß ihm die heutige Politik schon lange keine Freude mehr mache. Wenn man meine, daß er gefehlt und der Partei geschadet habe, so solle man bei der nächsten Wahl ruhig einen andern Kandidaten aufstellen. Ihm selbst und seiner Familie würde es nur erwünscht sein, wenn er die Last des Mandats nicht länger zu tragen brauche.“

Zu den christlichen Gewerkschaftsblättern, die die Haltung der christlichen Abgeordneten und damit notwendigerweise auch den Steuerraub an den arbeitenden Klassen gern verteidigen möchten, und die doch nicht recht wissen, wie sie dies anfangen sollen, gehört auch „Die Baugewerkschaft“, das Organ des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands. Das Blatt führt die angebliche politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften an, die es im Interesse der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter notwendig mache, alle politischen und insbesondere alle parteipolitischen Fragen von der Bewegung auszuschließen. Für die Vertretung ihrer politischen Interessen seien die Mitglieder auf die Parteien angewiesen, denen sie angehören. Da das Blatt selbst sagt, daß die politischen Interessen sehr oft auch die Arbeiterinteressen sehr stark berühren, wäre es konsequent, wenn es seinen Lesern den Anschluß an jene Partei empfehlen würde, die treu und eifrig in jeder Situation die Interessen der Arbeiter vertritt. Das tut das Blatt aber selbstverständlich nicht, sondern es stimmt obendrein noch ein Klagegedicht an, weil der Standpunkt der Neutralität für die christliche Arbeiterbewegung gewisse Schwierigkeiten erzeuge: „Die freien Gewerkschaften haben uns gegenüber einen erheblich leichteren Standpunkt. Sie sind eins mit der Sozialdemokratie, akzeptieren deren Klassenkampfgrundsätze und unterstützen deshalb offiziell deren Politik.“ Damit ist gleichzeitig ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die konsequent die Interessen der Arbeiter vertritt und betreten kann, weil sie eben nur die politische Vertretung der Arbeiterklasse sein will und keine Rücksicht auf Angehörige anderer Klassen zu nehmen braucht. Wenn dann „Die Baugewerkschaft“ weiter sagt: „Diese unsere eigenartige Stellung zwingt uns (die christlichen Gewerkschaften), zum Verzicht auf die Erörterung mancher Fragen politischer und wirtschaftspolitischer Art, an denen wir als Arbeiter unbedingt ein Interesse hätten“, so wäre es auch hier nur konsequent, wenn sie im Anschluß daran die Aufgabe dieser „eigenartigen Stellung“, die ja in Wirklichkeit nicht in der angeblichen politischen Neutralität, sondern in der Unterstützung der arbeitereigenen bürgerlichen Parteien, namentlich des Zentrums liegt, verlangen würde. Auch das darf selbstverständlich „Die Baugewerkschaft“ nicht tun. Sie hat ja nicht die Aufgabe, ihren Lesern zu zeigen, wie sie aus der „eigenartigen Stellung“, aus der gänzlich schiefen und unhaltbaren Situation herauskommen können, sondern sie hat die Aufgabe, die Haltung der christlichen Arbeitervertreter im Parlament zu verteidigen. In diesem Bestreben leistet sich „Die Baugewerkschaft“ folgende ungläubliche Sätze:

„Die Finanzreform hat kein direktes Interesse für unsere christlichen Gewerkschaften. Sie ist eine politische Frage und war es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders. Mit diesen politischen Vorwmissen im Reichstag haben die christlichen Gewerkschaften nichts zu schaffen.“ Und weiter: „Was die Arbeiterabgeordneten in politischen Fragen tun und lassen, das haben sie in der politischen Arena zu betreten und zu verteidigen. Die christlichen Gewerkschaften geht das nichts an, solange nicht prinzipielle Grundlagen der christlichen Arbeiterbewegung berührt werden, oder diese politischen Fragen gleichzeitig Gegenstände gewerkschaftlicher Interessen sind. Beides ist ganz zweifellos bei den Steuerfragen nicht der Fall.“

Also eine gesetzgeberische Aktion, die den arbeitenden Klassen 400 Millionen Mark neue Steuern aufbürdet, die mit einem Schlag alle unter den größten Opfern in jahrelangem Ringen erkämpften wirtschaftlichen Erfolge der Gewerkschaften vernichtet, hat für diese selben Gewerkschaften „kein direktes Interesse“. Das ist wirklich stark, und es ist um so stärker, wenn man in Betracht zieht, daß bevor das Zentrum Ausschüt hatte, wieder Regierungspartei zu werden, diese selbe „Baugewerkschaft“, die an der Finanzreform jetzt „kein direktes Interesse“ hat, von dem „beabsichtigten Raub an den Taschen des Volkes“ sprach, und die noch am 7. März

dieses Jahres die Rede des Professors Adolf Wagner im Ritz-Busch für die Nachschub- und Erbschaftsteuer und gegen neue, das Volk belastende Verbrauchssteuern in zustimmendem Sinne abdruckte. Die Agrarier brüllten den Redner damals nieder und verjagten Verbrauchssteuern und Schonung des Besitzes. „Göber geht's nimmer!“ schrieb damals „Die Baugewerkschaft“. Die Großagrarier sollten sich gesagt sein lassen, daß man ungestraft solche Ansichten auf die Dauer nicht verträgt. Das wird die Zeit lehren; der Umschwung in der öffentlichen Meinung ist schon da.

Vielleicht lehrt die Zeit auch, daß christliche Arbeiterabgeordnete nicht ungestraft gegen die Interessen der Arbeiter freveln dürfen. Die christlichen Arbeiter müßten wirklich dümmere sein, als wir sie einschätzen, wenn sie das Verlogenheitsgefummel der christlichen Gewerkschaftsblätter für bare Münze nehmen wollten. Schon hat eine Zahlstelle des christlichen Gärtnerverbandes ihren korporativen Uebertritt in den freien Zentralverband erklärt, weil sie die Laten ihres Führers Franz Wehrens richtig bewertete. Der Verein „Flora“, Brück-Berlin, vollzog seinen Uebertritt mit folgender Erklärung:

„Wir Unterzeichnete haben den festen Entschluß gefaßt, aus den christlichen Gewerkschaften auszuscheiden. In der jetzigen wirtschaftlichen Krise ist es uns nicht möglich, die Interessen der christlichen Gewerkschaften weiter zu vertreten, da wir sehen müssen, daß und wie in einer derartigen Zeit unser Vertreter, Herr Reichstagsabgeordneter Wehrens, im Zusammenschluß mit bürgerlichen Parteien uns zu weiteren Lasten verhilft. Er tritt nicht für, sondern gegen das Wohl der gesamten Arbeiterschaft auf. Aus diesen Gründen und noch vielen andern, die sich mündlich besser erklären lassen (persönliches Strebertum in der Leitung des D. G. V., schlechte Klassenverhältnisse usw. D. Red.), ersuchen wir um Aufnahme in die freien Gewerkschaften resp. in den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein. Wir werden alles daran setzen, um den Verein unter dem Banner des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins in die Höhe zu bringen.“ (Folgen die Unterschriften.)

In Herosbrunn, einem kleinen Orte in Baden, haben die christlichen Gewerkschaften seit dem Abschluß der „Finanzreform“ mehr als hundert Mitglieder verloren. In Osterholz-Scharmbeck hat sich eine Versammlung der Mitglieder des Deutschnationalen (antisemitischen) Handlungsgesellenverbandes von dieser Organisation losgesagt, weil deren Vorsitzender, der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schäd, nicht die Interessen des Handels, sondern die der Junker vertritt.

So reißt langsam die Ernte der christlichen Saat, die die christlichen Volksvertreter im Dienste des Schnapsbrotens mit Säen haben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Preissteigerungen am Getreidemarkt. — Die Weltermärkte und Deutschlands Brotgetreideernte. — Der Rückgang der Getreidepreise.

Auf dem Getreidemarkt hat man sich allmählich von der sehr auskömmlichen Weltermärkte 1909 überzeugt. Nicht man zurück auf die Hausbewegung im laufenden Jahre, die hauptsächlich mit den als ungünstig bezeichneten Ernterwartungen begründet wurde, so wundert man sich einmal wieder, wie es den an der Hausbewegung interessierten Kreisen möglich war, auf bloße Vermutungen hin die Marktstimmung so zu beeinflussen, daß die Preissteigerungen auch von den Käufern fast als selbstverständlich hingenommen wurden. In Zeitungen, die zweifellos das Interesse der Konsumenten wahrzunehmen gewillt sind, wurden unter dem Eindruck der Preissteigerungen am Getreidemarkt Schilderungen der trübsten Notlage im Hinblick auf den Winter 1909/10 entworfen und dadurch erst recht die Geschäfte der Kaufleute unterstützt. Müßige und sachliche Hinweise auf die Markterhältnisse wurden entweder nicht beachtet, oder gar als irreführend bezeichnet. Als Autoritäten für die Beurteilung des Getreidemarktes kamen nur die Interessenten zum Wort. Nachdem nunmehr durch die Ergebnisse der neuen Ernte die Situation geklärt ist, will es außer einer Handvoll Kaufleute, auf die alle Schuld abgewälzt werden soll, niemand mehr sein, der diese Hausbewegung unterstützt, begünstigt, ja geradezu erst ermöglicht hat. Aber diese Kaufleute können nur mit Erfolg arbeiten, wenn sie die Marktstimmung für sich haben. Und diese Stimmung schafft die Presse. Wäre in ihr eine weniger pessimistische Auffassung über die Weltverorgung mit Getreide zum Ausdruck gekommen, so hätten die Preissteigerungen wahrscheinlich nicht den hohen Grad zum Nachteil unseres ganzen deutschen Wirtschaftslebens annehmen können.

Ueber die Weltermärkte 1909 liegen freilich zunächst auch erst Schätzungen vor, auf Grund deren man sich keine Meinung über die Getreideverorgung im Erntejahr 1909/10 bilden muß. Die sorgfältige, aber erst vorläufige Schätzung, die schon vorliegt, stammt vom ungarischen Ackerbauministerium. Ungarn ist ein Getreideausfuhrland, und es wird daher bei seinen Schätzungen nicht ohne Not Annahmen machen, die ein größeres Sinken des Preisniveaus, als es durch den wirklichen Ernteausfall bedingt ist, veranlassen könnten. Die Schätzung des ungarischen Ackerbauministers ist also in der Regel eher zu niedrig als zu hoch. Die Schätzung der Weltermärkte 1909 im Vergleich zur definitiven Schätzung der Ernte des Jahres 1908 lautet in Millionen Doppelzentnern wie folgt:

	1908	1909
Weizen	887,95	939,32
Roggen	432,08	447,25
Gerste	326,54	370,40
Safer	573,66	651,75
Mais	196,11	1039,66

Man sieht, der Ertrag jeder Getreideart wird für 1909 wesentlich höher veranschlagt als für 1908. Der Bericht des ungarischen Ackerbauministers weist vor allem auf die starke Zunahme der Anbauflächen im laufenden Jahre als eine besonders merkwürdige Erscheinung hin. Die überreichen Staaten vor allem legen fortwährend Gewicht auf die Entwicklung des Getreidebaues. In Kanada nahm das Weizen-, Safer- und Gerstereval angeblich um mehr als eine Million Hektar zu, während in den Vereinigten Staaten die Anbaufläche allein für Mais eine Vermehrung um drei Millionen Hektar erfuhr. In Russland wird die Zunahme für den Anbau von Weizen und Roggen gleichfalls auf mehr als eine Million Hektar angesetzt, in Ostindien auf 1.200.000 und in Argentinien auf 850.000 bis 900.000 Hektar. In Argentinien wird der Saferbau mit besonderem Nachdruck betrieben. Auch in andern größeren und kleineren überreichen Ländern nahm die Anbaufläche für Weizen, Gerste, Safer und Mais um einige hunderttausend Hektar zu.

In der ungarischen Schätzung der Weltermärkte ist der Ertrag von Deutschland's Ernte für Brotgetreide erheblich niedriger angegeben, als für das Vorjahr. In Wirklichkeit dürfte auch ein kleineres Resultat erzielt sein, aber das Weizen und Roggen zusammen nur 134 bis 140 Millionen Doppelzentner ergeben sollen, ist auch nicht anzunehmen. Unter Berücksichtigung der eben erst für 1909 veröffentlichten Anbauflächen kann man vielmehr auf Grund der Saatenstandsnoten für August den wahrscheinlichsten Mindestertrag der deutschen Ernte in Millionen Doppelzentnern wie folgt veranschlagen:

Winterweizen	30,94
Sommerweizen	5,48
Spelz	4,49
Winterroggen	101,65
Sommerroggen	1,47

Das sind zusammen 143,93 Millionen Doppelzentner. Die auf Grund des Saatenstandsberichts des Deutschen Landwirtschaftsrates genommene Schätzung, die für Brotgetreide nur auf einen Ertrag von 136,87 Millionen Doppelzentner kommt, ist gleichfalls zu niedrig. Man kann nicht frühzeitig genug gegen die offensichtlich zu niedrigen Schätzungen Front machen. Die amtliche Erntestatistik für 1909 wird nämlich erst im Dezember bekannt. Die Preisbildung für Getreide wird aber schon heute durch die Vorstellung der neuen Ernte beeinflusst. Es ist daher nicht gleichgültig, welche Annahmen sich gleich zu Beginn des Erntejahres in den Kreisen des Getreidehandels über den Ertrag der diesjährigen Ernte festsetzen.

Der Rückgang der Preise auf dem Getreidemarkt seit Anfang des vorigen Monats ein und ist bei Weizen relativ schon stärker als bei Roggen. Es notierte nämlich an der Berliner Produktenbörse die Tonne im September Lieferbar in Markt:

	Weizen	Roggen
Am 4. August	229,—	185,25
„ 11. „	218,25	176,25
„ 18. „	218,50	176,—
„ 25. „	210,50	172,25
„ 4. September	210,25	170,75

Für Roggen beträgt die Ermäßigung in der Zeit vom 4. August bis 4. September 7,8, für Weizen 8,2 pBt. Der Rückgang dürfte voraussichtlich noch einige Zeit anhalten. Jedenfalls ist durch die Entwicklung der diesjährigen Ernte die Gefahr einer weiteren Mehl- und Brotpreisverteuerung abgewehrt.

Wer hat nun den Schaden aus der ungewöhnlichen Preishausse während des laufenden Jahres zu tragen? Nur ein Teil der Verteuerung kann auf den Konsum abgewälzt werden. In der Hauptsache sind es Händler, Müller, teilweise auch Bäcker, die schwer geschädigt werden können, wenn es ihnen nicht gelang oder gelingt, das Risiko, das sie aus den Abschüssen zu den hohen Preisen zu laufen haben oder hatten, durch spekulative Operationen zu verringern.

Berlin, 5. September 1909. Rich. Salwer.

Politische Umschau.

Wahltag der Sozialdemokratie in Stollberg-Schneeberg. — Die Landtags-Erstaahlwahl in Neustadt-Edenkoben. — Eine gefährte Ordnungssänfte. — Der Streit um den Wördbopf.

Ueber ein für die Klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft hocherfreuliches Wahleresultat können wir unsern Lesern heute berichten. Bekanntlich hat sich infolge Ablebens des sozialdemokratischen Abgeordneten Goldstein, der den Wahlkreis Stollberg-Schneeberg im Reichstagsvertrat, eine Erstaahlwahl notwendig gemacht. Dieselbe fand am 7. September statt. Seitens der Sozialdemokratie war Genosse Schöpflin aufgestellt worden; für die vereinigten „Ordnungsparteien“ kandidierte der nationalliberale Schuldirektor Vorwerk. Das Resultat, des mit großer Erbitterung und seitens der „Ordnungsparteien“ unter Zustimmung schäbiger und schamloser Verleumdungen der Sozialdemokratie geführten Wahlkampfes war eine erdrückende Majorität des sozialdemokratischen Kandidaten: Schöpflin erhielt 2180 Stimmen, während auf Vorwerk 9486 Stimmen entfielen. Die Sozialdemokratie hat danach seit der Hauptwahl 1907 um rund 1200 Stimmen zugenommen, während die vereinigten „Ordnungsparteien“

einen Stimmenrückgang von 5000 zu verzeichnen haben.

Auf den Ausgang dieser Erstaahlwahl darf die deutsche Sozialdemokratie mit hoher Genugtuung blicken. Der alte sozialdemokratische Besitz ist in vollen Ehren behauptet worden. Schon im Jahre 1887 und dann wieder 1874 eroberte Niebnecht den Kreis, der dann mit Ausnahme der schlimmsten sozialistengefährlichen Zeit von 1881 bis 1888 und der den „nationalen“ Angstwahlen von 1887 folgenden Periode von 1887 bis 1890 stets der Sozialdemokratie gehörte. Aber das Wahlergebnis ist noch mehr als ehrenvolle Wahrung alten Besitzes! Die Scharte von 1907 ist glänzend ausgeweht — der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmengahl um 1096 bei den „nationalen“ Wahlen ist wettgemacht, 2178 Stimmen mehr als 1907, 1082 mehr als 1903 wurden für den Kandidaten der Sozialdemokratie abgegeben.

Das Wahlergebnis ist um so höher anzuschlagen, als es sich um eine Erstaahlwahl handelte; denn erfahrungsgemäß pflegt bei Nachwahlen die Wahlbeteiligung eine weniger rege zu sein als bei Hauptwahlen.

Besonders scharf charakterisiert wird diese Wahl durch den riesigen Stimmenrückgang der „Ordnungsparteien“; die Stimmengahl der vereinigten bürgerlichen Parteien ist von 14.606 auf 9368 gesunken. Und das trotz der fieberhaften Anstrengungen derselben, trotz der schmutzigsten Manöver des Reichsverbandes! Die „nationale“ Schwindelherrlichkeit von 1907 ist zerfallen. Dieses Wahlergebnis ist die Antwort und Quittung auf die Fälschung der Mißmach-Politiker in der Reichsfinanzreformfrage — eine Antwort, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt! Der Steuerraub der Regierung und der ihr ergebenen Parteien hat wiederum Ungezähnten die Augen geöffnet — wie in Stollberg-Schneeberg, so im ganzen übrigen Reiche, und man braucht kein Prophet zu sein, um zu sagen, daß dieser Niederlage der bürgerlichen Parteien in Stollberg-Schneeberg bei den allgemeinen Reichstagsneuwahlen im Jahre 1912 weitere und größere Niederlagen folgen werden.

Auch die am Sonntag, 5. September, im pfälzischen Wahlkreis Neustadt-Edenkoben stattgefundene Nachwahl zum Landtag zeigt, daß bei den Volksmassen sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn nimmt, während hier die Sozialdemokratie im Jahre 1907 nur 1822 Stimmen erhielt, brachte sie es bei dieser Wahl auf 4173 Stimmen; das ist ein Stimmengewinn von rund 100 Prozent. Dagegen sank die Stimmengahl der Nationalliberalen von 6183 auf 4730 und die des Zentrums von 3598 auf 3346!

Eine weitere Reichstagsersaahlwahl hat demnächst im Eisenacher Kreise zu erfolgen. Der bisherige Vertreter dieses Kreises, Abgeordneter Schäd, der Vorsitzende des antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgesellenverbandes, hat sein Mandat niedergelegt, und zwar aus Gründen, die sehr triftiger Natur sind. Es handelt sich um eine Skandalaffäre widerwärtigster Art. Der Herr Abgeordnete Schäd suchte nämlich vor einiger Zeit durch eine Annonce durchaus harmlosen Inhalts eine Reisebegleiterin. Hinter dieser Annonce aber verbarg sich mehr als das bloße Bedürfnis des Herrn Schäd nach Reisebegleitung, und die gesamte deutsche Presse sah sich veranlaßt, mit dem annoncierenden Herrn Abgeordneten recht eingehend sich zu beschäftigen. Es wurde — natürlich durch die Heiligkeit der Ehe — gerührenden Sozialdemokraten — der Brief, welchen Herr Schäd an die auf seine Annonce sich meldende Dame gerichtet hatte, der Öffentlichkeit übergeben; und durch diesen Brief wie durch alle begleitenden Nebenstände ist Herr Abgeordneter Schäd aufs schlimmste kompromittiert worden. „Wir wollen“, so schreibt der liebebedürftige Herr wörtlich, „mit der jungen Dame, die wir suchen, das Leben und die Freuden der Liebe, ihre Schönheiten in allen Teilen gemeinschaftlich genießen in körperlicher und geistlicher Gemeinschaft. Sie soll als richtig gleichberechtigte Dritte in unsern Bund eintreten und müßte bei gegenseitiger Neigung natürlich ebenso wie meine Frau die Gefühle für einen Mann und Frau in sich vereinigen.“

Auf diese Programmwidrigkeit erbat sich Herr Schäd postlagernde Antwort unter der bezeichnenden Chiffre „Xriole“.

Die Eltern des Mädchens übergaben den Brief der Kriminalpolizei, weil sie der Ansicht waren, es mit einem Mädchenhändler zu tun zu haben. Beim Abholen der postlagernden erbetenen Antwort sollte der vermeintliche Mädchenhändler gefaßt werden, und als man zugriff, da hatte man den Reichstagsabgeordneten W. Schäd gefangen.

Die eignen sowie die Rettungsversuche seiner antisemitischen Freunde haben Herrn Schäd nicht helfen können — er ist gar zu deutlich gewesen. Sein Reichstagsmandat hat er niedergelegt — Herr Schäd ist plüßlich „nerbentant“ geworden — und von seinen Amtsgeschäften als Vorsitzender

der des Deutschnationalen Verbandes ist er definitiv entbunden.

Damit ist Schad für die Öffentlichkeit erledigt. Die gegen ihn eingeleitete öffentliche Anklage wegen Verleumdung kann das Interesse der Öffentlichkeit nicht mehr in Anspruch nehmen.

So steht also auch der Wahlkreis Eisenach-Dernbach vor einer Neuwahl. Im Jahre 1907 hatte der Deutschnationale Schad 6985, der Nationalliberale Dr. Winter 6089 und der Sozialdemokrat 7875 Stimmen erhalten.

Um den Nordpol, über dessen Entdeckung durch den Deutschen-Amerikaner Cook wir bereits in voriger Nummer berichteten, ist ein heißer Streit entbrannt.

Der Nordpol, bisher das unerreichbare Ziel so vieler wagemutiger Polarforscher und Männer der Wissenschaft, der Nordpol, den noch vor kaum einem Menschenalter der berühmte englische Nordpolfahrer Nares in einem lakonischen Telegramm für unerreichbar erklärte — er ist plötzlich nicht nur entdeckt, sondern, wenn alles stimmt, sogar zu einem erreicht worden.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:

Eckernförde (Aussperrung), Eutin (Sperrung über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.), Oldesloe (Sperrung über Meyer aus Sogberg), Büchelndorf (Sperrung über Schmidt in Kasdorf), Ohstedt (Sperrung über Barkmann in Wiemerskamp);

Mecklenburg:

Sülze (Sperrung über Holdorf);

Brandenburg:

Bad Schönlitz (Aussperrung), Fürstentwald (Sperrung über Pätel bei den Arbeitern der Firma Pintsch), Berlin (Differenzen im Putzergewerbe), Mittenwald (Sperrung über August Klose);

Pommern:

Köslin (Bauarbeiterstreik am Kanalbau), Greifenhagen (Massregelung bei Boermann), Wolgast (Sperrung über Peters in Lümanndorf), Bergen a. R. (Sperrung über Rudolf Wahl in Binz), Troptow a. d. Rega (Sperrung über Paul Wittke), Stettin (Differenzen bei der Zementbaufirma „Comet“);

Ost- und Westpreussen, Posen:

Rawitsch (Differenzen);

Königr. Sachsen:

Leipzig (Sperrung über Winkler, Steinstrasse), Mülsen (Sperrung über E. Meier, Ortmanndorf und F. Dahn, Mülsen-St. Niklas), Borsdorf

(gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Panitzsch), Zittau (Sperrung über Hinko in Weigsdorf), Oberriedersdorf (Sperrung über den Unternehmer Clemens), Oederwitz (Sperrung über die Bauten der Unternehmer Krüding und Neumann), Nonstadt (Sperrung über Anton in Langburkersdorf), Taucha b. Leipzig (Sperrung über Fahnert aus Möckern), Dresden (Sperrung über Symank), Aue (Sperrung über Lein);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Wettin a. d. S. (Streiks), Halle (Sperrung über Iffland in Passendorf), Weissenfels (Sperrung über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Schkenditz (Sperrung über Reiwand), Coswig (Differenzen);

Schlesien:

Laneshut, Militsch (Streiks), Bunzlau (Sperrung über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.);

Thüringen:

Tübingen (Streiks), Arnstadt (Sperrung über O. Gressler); Hannover, Braunschweig, Oldenburg: Badbergen, Hude, Kirchwehe, Lingen, Walsrode, Neuhaus a. d. E. (Streiks), Sulingen (partieller Streik), Brinkum, Buxtehude, Delmenhorst, Emden, Holzland (Aussperrungen), Nordenham (Sperrung über die Bauten des Metallwerks), Achim (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Viersen, Hilden (Streiks), Minden (Sperrung über Akmann in Obernkirchen, mehrere Sperren in Kutenhausen, Todtenhausen und Stemmer), Düsseldorf (Sperrung über Kiese), Ayrath (Sperrung über den Bau der Lungenheilanstalt), Dortmund (Sperrung über Lubbe), Oberhausen (Sperrung über den Neubau der Herz-Jesu-Kirche, Unternehmer Reifenscheid);

Hessen-Waldeck:

Bad Soden (Sperrung über den Unternehmer Christian), Bittelborn (Sperrung über Kuhlmann und Kraus), Herfeld (Sperrung über Tomporz), Darmstadt-Reinheim, Ueberau (Sperrung über Gg. Ph. Petri IV), Frankfurt a. M. (Sperrung über die Betonbaufirma Ermd in Offenbach, Differenzen bei den Arbeiten der Betonbaufirma Ranke am Gaswerk in Hanau und Sperrung über Noss in Rödelheim), Witzhausen (Sperrung über die Firma Ed. Holzappel aus Eschwege in Wendershausen);

Bayern:

Rehau (Streik), Ansbach (Sperrung über Reuter), Markt-Redwitz (Differenzen);

Württemberg:

Stuttgart (Aussperrung der Bauarbeiter);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Hockenheim (Sperrung über Riehl), Zabern-Lützelburg (Sperrung über Holzmann & Co., Tunnelbau), Metz (Sperrung über Condort);

Friesenleger:

Berlin (gesperrt sind die Bauten folgender Subunternehmer: Hamdorf, Meyer, Gronski & Beiersdorf, Döschner bei Rosenfeld, Wolf & Bielsfeld bei Villeroi & Boch), Glin und Düsseldorf (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), Mühlheim-Ruhr (Sperrung über Möhlenbrack & Mathels), Coblenz (Sperrung über Caspari), Breslau (Streik);

Isolierter und Steinhölzler:

Breslau (Streik), Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperrung über die Filiale der Gesellschaft „Fama“), Chemnitz (Sperrung über Ziegner & Fritsche), Olin (Sperrung über die Korkelthwerke), Bremen (Sperrung über die Filiale der Firma Reinhold & Co.);

Oesterreich:

Komotan (Streiks);

Schweiz:

Winterthur (Streik), Bern (Differenzen).

Über den Arbeitsnachweis der Unternehmer in Jena haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Berlin.

In Brandenburg a. d. S. nahmen unsere Kollegen in einer am 8. September abgehaltenen gut besuchten Extra-Mitgliederversammlung Stellung gegen die ihnen von den Unternehmern zugestellten Arbeitsbedingungen.

solche Verträge einseitig und einzeln mit jedem Arbeiter abgeschlossen werden sollen, kann die Verammlung nicht zustimmen.

Gau Danzig.

In Stolp i. Pom. hat es der Unternehmer Neumann für zweckmäßig erachtet, einigen Kollegen den tariflichen Lohn nicht zu zahlen.

Gau Hamburg.

In Cuxenförde wurde am 6. September unter Vorhitz des Bürgermeisters Helmman im Rathausaal über die Lohnforderung verhandelt.

Gau Hannover.

In Goslar haben unsere Kollegen den Kampf aufgegeben, nachdem die Unternehmer versprochen hatten, im nächsten Frühjahr über die Lohnfrage verhandeln zu wollen.

In Walsrode befinden sich bekanntlich unsere Kollegen seit dem 1. April im Streit und immer noch sind keine Zusätze auf Wendigung des Kampfes vorhanden.

bauern. Jedenfalls werden die Unternehmer wieder ver-
suchen, Zugang heranzuschaffen. Um dies zu verhindern,
appellieren wir an die Mitgliede aller Kollegen.

Gau Mannheim.

Die Kämpfe in Saarbrücken und Pforzheim sind ab-
geklungen worden. In Saarbrücken wurden wir in den
letzten Wochen in immer größerer Masse mit Zugung
bedacht. Nicht allein, daß es den Unternehmern gelang,
Streikbrecher in größerer Zahl heranzuschleppen, selbst organisierte
Maurer suchten die Saarstädte auf und erschweren uns
dadurch den Kampf immer mehr. Von der zehnten bis zur
vierzehnten Streikwoche vergrößerte sich die Zahl der Streik-
brecher um nahezu 200. Die Gesamtzahl betrug zuletzt rund
300. In wie inniger Weise Unternehmer und Behörden der
Saarstädte in großen Umkreisen zusammen arbeiteten, um uns
unterzutreiben, mag folgender Brief bezeugen:

Kreuznach, den 6. September 1909.

Werte Kollegen!

Wie Sie wohl, ist am tiefsten Blage großer Arbeits-
mangel. Es sind Euch ja auch schon einige fragwürdige
Elemente aus hiesiger Gegend in den Rücken gefallen. Wir
hätten Euch schon einmal gebeten, uns die Namen dieses
Gefindel mitzuteilen. Nun was ganz neues: Die Stadt-
verwaltung hat die Leute, die zurzeit Moßkondensarbeiten
verrichten, abgeholt mit dem Bemerkn, daß ihr von
Seiten der organisierten Arbeiter das Angebot gemacht
wurde, sämtliche verfügbaren Arbeitskräfte nach Saarbrücken
zu dirigieren, natürlich unter der falschen Vorpiegelung, der
Streik sei dort beendet. Es wird sich nun im Laufe des
morgigen Tages ein Sekretär von der hiesigen Verwaltung
nach Saarbrücken begeben und mit den krankeu Rücksprache
nehmen.

Diese Stadt nützt also die Notlage der Arbeiter aus, um
den Scharfmachern der Saarstädte Arbeiter zuzutreiben. Die
Stadterwaltung reißt sich damit wichtig in die Reihe der
Stabschänder ein. So wie diese Stadt, handelte mancher
Unternehmer. Durch Arbeitslosigkeit und Hunger wurden
von Unternehmern der Saarstädte Arbeiter zugezogen.
Noch in keinem Kampfe zuvor dürften so brutale und
niederträchtige Mittel gegen die Arbeiter angewandt
worden sein wie hier. Zuletzt beging auch der christliche
Bezirksleiter Velum den Fehler, daß er den Bürgermeister um
Vermittlung anging, ohne vorher eine Verhandlung mit unsrer
Gewerkschaft herbeigeführt zu haben. Das mag gut gemeint
gewesen sein, aber aufrichtig war es nicht. Das Resultat war
auch nur eine Wlamage für die Arbeiter. In gemeinsamer
Versammlung mit der christlichen Organisation beschloßen wir
am 7. September mit der Situation. Es waren etwa
300 Streikende anwesend und mit allen gegen sechs Stimmen
wurde beschloßen, den Streik abzubrechen. Die Wiederbeauf-
nahme der Arbeit erfolgte am 8. September.

In Pforzheim arbeiten zuletzt ebenfalls 156 Streik-
brecher und außerdem 30 Poliere und etwa 40 Lehrlinge.
Hier erbot sich der Gemeinderat vorstehendes, Regierungsaffesfor
Streng, nochmals zu vermitteln. Wir erklärten uns zu Ver-
handlungen bereit. Die Unternehmer hielten am 7. September
eine Versammlung ab und legten folgende Bedingungen vor: Der
Streik soll für beendet erklärt werden. Die Arbeit wird zu den
alten Lohnbedingungen bis 1. April 1910 wieder aufgenommen.
Die bis jetzt abgeschlossenen Auftragsverträge bleiben bestehen.
Die unverzügliche Wiederbeaufnahme der Arbeit stellt die Möglich-
keit in Aussicht, daß die Verhandlungen für den nächstjährigen
Tarifvertrag zu beiderseits befriedigendem Resultat führen. Eine
Lohnaufbesserung wird davon abhängig sein, ob es die wirt-
schaftliche Lage im Baugewerbe gestattet und ob gleiche Städte
in Baden Lohnverbesserungen vornommen.

Darauf wurden unsrerseits als Grundlage der Verhand-
lungen gefordert: Gemeinsame Verhandlungen mit den Vertretern
der Bauarbeiter und sofortige Lohnherabsetzung. Herr Regierungs-
affesfor Streng teilte uns darauf mit, daß die Unternehmer beide
Punkte abgelehnt hätten und somit die Verhandlungen ab-
gelehrt seien. Wir beschloßen uns dann am 9. September
in einer Versammlung mit der Frage, ob es ratsam sei,
den Kampf weiter zu führen. Es wurde darüber eingehend
diskutiert und dann geheim abgestimmt. Dabei wurden für
den Abbruch des Kampfes 61, dagegen 57 Stimmen abgegeben.
Damit hatte auch dieser Kampf sein Ende gefunden. Die Er-
gebnisse während des Kampfes, besonders das Verhalten der
Polizei und die Rolle der „Diebeger“, bedürften einer ein-
gehenden Würdigung. Dies befehlen wir uns vor, bis sich die
Wogen etwas geglättet haben.

Gau Nürnberg.

In Ansbach dauert die Sperre über die Bauten des
Neuter unbedändert fort. Neuter versucht zwar, durch
das städtische Arbeitsamt Arbeitswillige zu erhalten, was
aber bisher nicht gelungen ist. Wie verlautet, haben die
bekanntesten Gebrüder Müller aus Großgörsbrenn die
Bauten des Herrn Neuter in Afford übernommen, können
aber die Arbeit nicht beginnen, da es ihnen an Arbeits-
kräften fehlt. Inzwischen hat Herr Neuter auch die organi-
sierten Zimmerer entlassen. Leider haben sie aber zur
Hälfte erklärt, aus dem Verbände austreten zu wollen,
worauf diese Feiglinge wieder weiterarbeiten konnten.
Herr Neuter ist es also darum zu tun, die Organisationen
der baugewerblichen Arbeiter zu vernichten, was ihm aber
nicht gelingen soll.

In Pforzheim haben die in der letzten Nummer des
„Grundstein“ erwähnten Unterhandlungen stattgefunden
und auch zu einer Einigung geführt. Der Lohn, der bisher
34 1/2 pro Stunde betragen hat, wird sofort auf 37 1/2 und
am 1. Januar 1910 auf 38 1/2 pro Stunde erhöht. Für
Neberrunden werden 10 1/2 Lohnzuschlag, für Nacht-, Son-
tags- und Feuerungsarbeit 20 1/2 pro Stunde vergütet. Der
Vertrag ist nach dem Normalvertrag abgeschlossen und endet
mit dem 31. März 1910. Die Arbeit ist am 9. September
wieder aufgenommen worden. Wenden sich die andern Arbeiter
Pforzheims ein Beispiel an unsern Kollegen nehmen; sie führten
ihren Kampf mit aller Ruhe, aber auch mit größter Festigkeit
durch.

Gau Stettin.

In Stettin bezahlt die bekannte Betonfirma „Comet“
seit langem niedrigere Löhne als sonst im Baugewerbe
üblich. Alle Versuche, die Firma zur Anerkennung der
Tariflöhne zu bringen, scheiterten. Im vorigen Jahre wurde

den Zimmerern zugesichert, daß für Zimmerarbeiten
55 1/2 gezahlt werden sollten, doch 1909 wurde diese Zusage
auch wieder prompt gebrochen. Die Fundierungsarbeiten
an den Kaufhäusern waren fertig geworden. Den Maurern
wurde bei den mehr Geschicklichkeit erfordernden Arbeiten
anstandslos der Maurerlohn gezahlt. In einigen Fällen,
wo die „Lebensstellung“ lockte, fanden sich auch Maurer
bereit, zu einem geringeren Lohn zu arbeiten. Am schlimmsten
fiel es bei den Hilfsarbeitern. Bis zum Juli vorigen
Jahres bestand kein Tarif; es waren Löhne von 28 bis
37 1/2 üblich, die niedrigsten Sätze zahlte „Comet“. Nach
Abschluß des Vertrages entschied der Arbeitgeberverband
in einer Streikfrage, daß auch für Zementarbeiten der
Tariflohn zu zahlen sei. Im vorigen Jahre trafen
Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Maurer und Zimmerer
ein Abkommen zur Sicherung dieses Tariflohnes.
Die Durchführung scheiterte daran, daß nicht weniger als
sieben Organisationen in dem Betriebe Mitglieder haben.
Nachdem die Zementierkonferenz in der bekannten Re-
solutions die Richtung nur festgelegt hat, bemühen sich die
Fabrikarbeiter, Holzarbeiter und Zimmerer durch gemein-
sames Vorgehen beim Einschalen den Zimmererlohn zu
erhalten. Am 8. Juli 1909 stimmte eine gut besuchte
Zementiererversammlung der erwähnten Resolution zu
und wählte eine aus Bauarbeitern, Fabrikarbeitern,
Maurern und Zimmerern zusammengesetzte Kommission,
die die sinnigste Durchführung der in Stettin geltenden
Tarife des Baugewerbes in der Betonbranche zur Aufgabe
gemacht worden ist. Nach mehreren Beratungen wurde
eine mündliche Verhandlung mit der „Comet“-Gesellschaft
versucht. Bei dem Versuch ist es gescheitert. Eine am
6. September abgehaltene Betriebsversammlung sah sich
nun gezwungen, durch Arbeitseinstellung ihren Wünschen
Nachdruck zu geben. Beteiligt sind Bauarbeiter, Fabrik-
arbeiter, Holzarbeiter, Maurer, Metallarbeiter, Schiff-
zimmerer und Zimmerer mit insgesamt 96 Arbeitern.
Das Gewerbeamt will, nachdem sich der Direktor Töpfer
zu Verhandlungen bereit erklärt hat, als Einigungsamt
fungieren. Am 10. September reisten 13 aus Posen her-
gekommene Zementarbeiter wieder ab.

In Swinemünde ist den Hilfsarbeitern ein Stunden-
lohn von 39 1/2 ab 1. Oktober 1909 bis 1. April 1910 an-
geboten. Diefem Angebot stimmten am 11. September die
Bauarbeiter zu. Am 13. September ist die Arbeit wieder
aufgenommen worden.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Arbeitslosenprüfung. Die Formulare II zur Auf-
nahme der Arbeitslosenprüfung am 25. September werden in
dieser Woche verandt. Zweigvereinsvorstände, die bis Montag,
den 20. September, nicht in Besitze der Formulare sind, wollen
dies möglichst umgehend an den Verbandsvorstand melden.

Kalender. Mit dem Verand der Maurerkalender wird
in der nächsten Woche begonnen werden. Zweigvereine, die
noch keine Kalender bestellt haben, dürfen nun nicht länger
damit säumen, wenn sie überhaupt noch berücksichtigt werden
wollen.

Stierbegeh darf laut Statut nur auf Anweisung des
Verbandsvorstandes ausgeführt werden. Mit den diesbezüglichen
Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:
a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
b) die Sterbenurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und
der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung aus-
zusahlen ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit
vom 6. bis 11. September für folgende Mitglieder erteilt:

- Karl Brandenburger-Mannheim, Verh.-Nr. 262 170; Bf.
Marnet-Mannheim, 85 985; J. Steinbach-Mierane, 128 940;
Herrn. Busch-Bremen, 15 410; Herr. Wagner-Greiz, 167 417;
Gust. Duellmann-Ludra, 290 189; Bf. Rieffe-Schwibsch, 100 464;
Herrn. Werner-Berlin, 75 656; Fridr. Hermann-Nachhof, 75 202;
Joh. Guldka-Ghemnitz, 291 531; Ernst Winkler-Dresden,
19 048; G. Meißner-Dresden (Frau), 329 084; Otto Galle-
Düringshof (Frau), 64 960; G. Dittmar-Halle (Frau),
24 576; Art. Kraumann-Goldig (Frau), 246 284; J. Harlieb-
Cassel (Frau), 68 643; B. Dierker-Hamburg, 27 685; Joh.
Endreß-Schwabach, 99 858; Joh. Wachsmann-Ghemne, 143 615;
Otto Korb-Bromberg, 66 566; Aug. Sperling-Berlin, 159;
Carl Gabel-Berlin, 502 111; Joh. Lüttor-Damberg, 303 863;
Wlth. Weitz-Mainz (Frau), 40 549; Herr. Felsch-Mitteldorf,
265 373; Bf. Panitz-Berlin (Frau), 10 281; Joh. Michel-
Nürnberg (Frau), 424 141; G. Holzhausen-Nordheim (Frau),
121 157.

Selbstendungen für die Hauptliste sind nur an den
Kassierer **F. Köster, Hamburg 1, Rosenindorf 56**, zu
adressieren. Bei jeder Einbung ist auf dem Postschliff an-
zugeben, worfür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 6. bis 11. September 1909 sind
folgende Beiträge eingegangen:

- A) Für Beiträge und Eintrittsgelder.**
Alstedt A. 73,12, Augsburg 500, Adm 110, Altenburg
600, Binzlan 200, Braich 23,85, Berlin 15 000, Brom-
berg 400, Bredum 43, Cpenid 500, Cunnnersdorf 314,
Celle 400, Crimmitschau 400, Delitzsch 350, Döbeln 400, Eisen-
berg-300, Egel 1,75, Erfurt 400, Flensburg 200, Friedriehs-
hafen 170, Freiburg i. Br. -50, Grebesmühl 5,25, Greiz
500, Gumbinnen 400, Grimma 275, Grimman 140, Grotzen 50,
Gräfenthal 100, Gütstrom 100, Grauberg 3,60, Halberstadt 500,
Hede 100, Herne 800, Hannover 1948,99, Kiffenbrück 201,61,
Lörzack 100, Lübeck 700, Meerane 300, Markgrafische 60,
Merseburg 650, Mühlheim-Oberhausen 600, Neubrandenburg 100,
Neumünster 311,95, Nischlag 100, Ostroßnitz 250, Pörsch 18,44,
Reudersburg 400, Rospa 13,18, Reichendach i. Bf. 600, Renners-
dorf 200, Schwaan 100, Sangerhausen 200, Stralsburg i. G.

- 800, Seehausen b. Bangl. 100, Singen 60, Sönelbenschl 800,
Tauscha 200, Werbau 375, Waldenburg 600, Wolfshelm 100,
Zossen 100, Zittau 500.

- b) Für Futterale.**
Rissenbrück M. -50, Lörzack 5.
c) Für Kalender.
Rissenbrück M. 11.
d) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.
Gräfenthal M. -75.
e) Für Jahrbuch.
Lübeck M. 2.
f) Für Protokolle.
Rissenbrück M. 1.
g) Für Anzeigen im „Grundstein“.
Gräfenthal M. 1,80, Hamburg (Freitag) 1,20, Gorbarg 1,20.

Marken-Verand. Vom 23. August bis 11. September
sind Marken verandt worden (E = Eintrittsmarken, B =
Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportage-
marken, L = Lokalfondsmarken):

- Muritz 200 B à 45 1/2, Miß-Bienndorf 200 B à 45, 50 B
à 35, Nbenberg 15 E à 50, Arnburg 400 B à 35, Bue
1000 B à 50, Mülling 400 B à 35, 10 E à 50, 25 A
à 25, Nibling 500 B à 50, Npeirade 1200 B à 50, Nitten-
burg 100 B à 65, 10 E à 150, 800 B à 50, 400 B à 45,
400 B à 40, 2000 L à 10, Augsburg 100 B à 65, Mühlstein
800 B à 35.
Parnstede 400 B à 55 1/2, 100 B à 60, 10 E à 50, Bahn
10 E à 50, Bugleube 400 B à 50, 50 A à 25, Bände 200 B
à 30, 100 A à 25, Barmen 10 000 B à 65, Birkenwerder
200 B à 60, 50 B à 50, 10 E à 50, Wankenburg i. Thür.
200 B à 45, Bergen 2000 B à 40, 50 E à 50, Bremerhafen
10 000 B à 65, Witterfeld 2000 B à 45, Reuffen 30 E à 50,
100 A à 25, 3000 L à 10, Belgard 200 B à 30, Wreschitz
400 B à 40, 100 K à 25, Weckede 200 B à 35, Wergelorf
100 B à 40, Werne 400 B à 59, Wernien 5000 L à 50,
10 E à 300, 500 B à 55, Wamberg 400 B à 70, Warby
400 B à 30, 200 B à 40, Weßlau 100 A à 25, Wankenburg
100 B à 35, Wernerbörbe 25 B à 55, 100 L à 10, Burg
bei Magdeburg 100 B à 35, Wernburg 2000 B à 50, 200 B
à 25, Woißburg 800 B à 45, Wernke 800 B à 30, Weßlig
10 E à 50, 400 A à 25, Wüßow 600 B à 45, Weidum 200 B
à 50, Wollenshain 600 B à 35, 1200 L à 10.
Ghemnitz 800 B à 50 1/2, 800 B à 45, 1000 L à 10, 6000 B à 55,
Goltzig 20 B à 30, Goltzig 2000 B à 50, 4000 B à 55,
800 A à 25, 20 E à 150, 10 E à 200, Goltmar i. Gf. 2000 B
à 55, Gapsitz 100 A à 25, Greibitz 200 B à 40, 20 E à 50,
Grossen 1000 B à 35, 50 B à 30, Gotswig 100 B à 40,
200 L à 15, Gassell 2000 B à 40, 1000 B à 35, 1000 B
à 50, Grimmitzsch 2000 B à 45, Glöge 1000 B à 35, 400 B
à 30, Gotswig 1000 B à 40, 10 E à 150.
Dennm 600 B à 40 1/2, 20 E à 50, Diefen 400 B
à 45, 200 B à 40, 100 A à 25, 10 E à 50, Dieren 1000 B
à 50, Delmenhorst 50 B à 30, Dömitz 200 B à 40, Dessau
2000 B à 50, Dautzig 1200 A à 25, 400 B à 50, Dreyß
600 B à 40, Delmold 1200 B à 50, Delitzsch 1200 B à 50,
Eberswald 800 B à 55 1/2, Embden 2000 B à 60, Entin
150 B à 50, Einbe 20 E à 50, 200 B à 30, 1000 B à 40,
Eßling 2000 B à 55, Eilenburg 2000 B à 55.
Frankfurt a. d. O. 400 A à 25 1/2, Frankersleben 10 E
à 50, Franzenberg i. G. 1200 B à 45, Frankenshausen 10 E
à 50, Fißha 100 A à 25, Freiberg i. Gf. 1500 B à 45,
80 E à 50, 20 E à 150, Felsberg 400 B à 40, Freiberg i. G.
1000 B à 45, 200 B à 70, 50 E à 50.
Grebesmühl 800 B à 45 1/2, Guben 2000 B à 45,
10 E à 150, Goltzschhausen 400 B à 40, Groß-Weiten 100 B
à 70, 10 E à 50, 10 E à 150, Gbbitz 400 B à 40, Gorgast
200 B à 30, 300 B à 35, 400 B à 40, Grafenbühl 800 B
à 50, 10 E à 150, Gräfenhain 400 B à 45, 100 B à 40,
Grabow 600 B à 40, 50 A à 25, Grabenz 500 B à 40,
Groß-Kreuz 200 B à 55, 200 B à 65, Grünberg i. Posen
1600 B à 40, 10 E à 50, Gera 10 000 B à 60, Gies 90 E
à 50, 50 L à 10, Gersdorf 300 B à 35, Greiz 100 B à 25,
20 E à 50, Grimman 400 B à 40, Greißswald 600 B à 45,
Glauchau 1200 B à 45, 25 B à 35, 10 E à 50, 3 E à 150,
1200 L à 10, Gneiwitzer 200 B à 50, Groß-Ziegenort 200 A
à 25, Gronau 300 B à 35, 1 E à 150, Grieben 20 E à 300,
Gwitz 60 E à 50.
Ghemnitz 10 E à 150 1/2, Gernsdorf 1000 B à 55,
Hammerstein 400 B à 40, Hohenfalka 200 B à 40, Hannover
20 000 B à 70, 3000 B à 45, 5000 B à 60, 5000 B à 55,
3000 B à 60, 2000 B à 45, 2000 B à 40, Herford 50 B
à 40, Halle 1000 B à 55, Heitzhitz 20 E à 50, Hof 100 B
à 75, Hofselsbde 200 B à 30, Hemmoor 400 B à 40,
Herzogenaurach 200 B à 35, Hegegrünhölz 100 B à 30,
Hohenstein 1200 B à 40, 50 E à 50, Hamun i. Bf. 400 B
à 55, Holtztau 500 B à 70.
Jahnd 10 E à 150 1/2, Jastrow 200 B à 30, Jerichow
600 B à 35, Jernitz 5 E à 150, 500 B à 40, 500 B à 45,
Jungolstadt 80 E à 50.
Kremmen 200 B à 40 1/2, 100 A à 25, Königs-Lutter
10 E à 300, 15 E à 150, 20 E à 50, Rattowitz 1000 L à 10,
Konstanz 800 B à 50, 100 L à 10, Kiel 20 E à 150,
Kontz 20 E à 50, Ketsch 400 B à 40, Kappeln 700 B à 45,
700 L à 10, Karlsruhe 3000 B à 55, 50 B à 35, Krasow
200 B à 40, 100 A à 25, Kemberg 100 B à 30, 100 E à 35,
Kranowitz 1000 B à 45, 100 A à 25, Kempen 25 E à 150,
Limbach 800 A à 25 1/2, 2000 B à 45, Ribitz i. Meßf. 1200 B
à 40, Ribitz 400 B à 40, Lansen 50 B à 45, Leibzig 1000 B
à 75, 1000 A à 25, Ritzschen 400 B à 35, Röhne 100 B
à 55, 200 B à 45, Loburg 400 B à 35, 10 E à 50, Rühlfen
600 B à 50, Landesfuit 400 B à 40, 100 A à 25, Rauter-
berg 500 B à 35, Lausitz 100 B à 35, Sandberg a. See
300 B à 50, Lübeck 800 B à 75, Rochau 400 B à 50,
Ludewalde 400 B à 30, Reer 600 B à 45, 100 B à 25,
Lauterberg 10 E à 150, Lüßen 10 E à 150, Reßlein 100 A
à 25, Rügen 500 B à 40.
Meinungen 400 B à 45 1/2, Mißbroh 100 B à 40, Meiers-
berg 400 B à 40, 100 B à 45, 100 B à 35, Marburg 500 B
à 50, 15 E à 50, 200 A à 25, Marktand 10 E à 150,
Marienwerder 800 A à 25, Minden i. Bf. 1000 B à 50,
200 A à 25, 10 E à 150, Mistlau 1000 B à 45, Mittweide
400 B à 40, 100 A à 25, Mühlhausen i. Gf. 100 B à 30,
Münsterberg 1 E à 30, Markgrafische i. Gf. 100 B à 50,
Mylau 1000 B à 45, Müßberg 50 B à 55, 10 K à 25, Memel
25 L à 25, Metz 3500 B à 60, 500 E à 60, 500 A à 25.

Fliesenleger.

Breslau. Eine am 31. August stattgefundene Mitgliederversammlung unserer Sektion beschäftigte sich mit dem Resultat der Verhandlung mit den Fliesenfirmen am 25. August. Wie bereits in Nummer 38 des „Grundstein“ berichtet wurde, boten uns die Unternehmer eine Lohnregulierung von 20 pSt. und mehr an. Die Verhandlung führte zu keiner Einigung; denn die Unternehmer bestanden darauf, ihren eingehenden Tarif anzuerkennen. Nach dreistündiger Verhandlung war man soweit, daß die Unternehmer ihren famosen Vertrag zurückziehen wollten, wenn wir ihnen ein Zwischending mit niedrigeren Affordrängen, als sie in unserem eingereichten Gegentarif enthalten sind, einreichen würden. Der Stundenlohn, so erklärten die Unternehmer, könne uns bei Affordrängen gar nicht garantiert werden, die neunstündige Arbeitszeit sei überflüssig; denn im Winter seien die Tage doch kurz und wenn im Sommer dafür länger gearbeitet würde, hätten wir für den Winter soviel gespart, daß die kurze Arbeitszeit ausgeglichen sei. Eine herrliche Unternehmerweisheit! Wir führten den Unternehmern die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit vor Augen und versprachen den Unternehmern, unsere Mitglieder ihre Wünsche unterbreiten und ihnen bald Antwort aufkommen lassen zu wollen. Dann teilten wir ihnen den Beschluß der Mitgliederversammlung vom 26. August mit, der lautet: „Die Versammlung stellt auf dem Standpunkt, daß ein anderer Tarif als der bereits eingehende nicht zu unterbreiten ist. Sie ist der Meinung, daß auf Grund unfreies Tariffs verhandelt werden kann und läßt der Lohnkommission bei den Verhandlungen freie Hand. Sie wünscht, daß noch vor dem 1. September eine neue Verhandlung stattfindet. Sollte bis dahin keine Einigung erzielt sein, würden unsere Kollegen am 1. September die Arbeit ruhen lassen.“ Darauf kam am 30. August folgendes Schreiben:

Breslau, den 30. August 1909:

An den Vorstand der Sektion der Fliesenleger
Hier, Margaretenstr. 17.

Wir empfangen Ihr Schreiben vom 28. cr. und ersehen daraus zu unserm Bedauern, daß Sie sich gemäß der in der gemeinsamen Besprechung vom 25. cr. abgemachten Vereinbarung nicht verhalten, und uns den verlangten und zugefügten neuen Tarifentwurf nicht unterbreiten, und daß Sie ferner uns den Streik verhindern, falls bis morgen nicht eine Einigung erzielt wird. Daß dieses Vorgehen nicht die zu führende Verhandlung begünstigt und erleichtert, ist wohl selbstverständlich und ist gerade der letztere Umstand — die Streikverhinderung — dazu angetan, uns zu bestimmen, bei dem bisherigen Verlangen, nur auf der Basis unfreies übermittelten Tarifentwurfs zu verhandeln, zu beharren. Wir sind also bereit, Montag, 6. September, abends 6 Uhr, in Reiches Lokal, Tschannenstraße, 1. Stod, zweites Vestibül mit Ihnen zu unterhandeln, wenn keine ArbeitsEinstellung erfolgt, vielmehr bis zu einer Einigung zu den bisherigen Tariffällen allerwegen weitergearbeitet wird. Hierbei betonen wir, daß nur in diesem Fall mit Zugeländnis unserer Kollegen zu rechnen ist.

Wir erwarten Ihre Äußerung hierauf und zeichnen
Achtungsvoll usw.

Nachdem dies Schreiben der Versammlung unterbreitet war, wurde von allen Rednern betont, daß die Unternehmer damit eine Verschleppung beabsichtigen, daß sie ihre notwendigen Arbeiten fertigstellen und uns später überhaupt keine Zugeländnisse machen wollen. Unsere Kollegen wurden in den letzten Wochen des August förmlich bestürmt, alle Tage bis 9 Uhr abends zu arbeiten. Auch Sonntags sollte gearbeitet werden. Die Versammlung beschloß daher einstimmig, vom 1. September an die Arbeit solange ruhen zu lassen, bis eine Einigung erzielt ist. Die ArbeitsEinstellung erfolgte am 1. September einmütig; die Kollegen, die in der Provinz waren, kamen auf unsern Ruf sofort zurück. Nur die Leger Wilhelm Ost und Johann Matzke blieben bei der Firma Gebrüder Süber in Arbeit, und bei der Firma Wenzly spielt ein Bauunternehmer, Adolf Erde, den Austrieger. Bei der Firma Stiller fing ein ehemaliger Maurerpolier namens Beder aus Waldenburg, mit einem Lehntrier der Firma, der auf einem Bau vom Bauherrn wegen „all zu guter Arbeit“ vom Bau gemessen wurde, zu arbeiten an. Die Unternehmer haben sich nach Berlin und Nürnberg gewandt, um „Arbeitswillige“ zu holen; bis jetzt sind aber die schweißigsten Erwartern noch nicht eingetroffen. Die Stimmung unter unsern Kollegen ist gut. Wenn auch in Zukunft jeder seine Pflicht erfüllt, muß der Sieg unser werden.

Dresden. Am 8. September fand im „Volkshaus“ unsere Versammlung statt. Allgemein wurde Klage geführt, daß die „Freie Vereinigung“ den in diesem Frühjahr mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarif nicht einhält, sondern die Preisbrüderlei nach wie vor betreibt. Bei der Firma Soral in Coswig werden von Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ Wandplatten für A 3 pro Quadratmeter angelegt, obwohl nach dem Tarif A 3,50 zu zahlen sind. Die „Freie Vereinigung“ denkt also nicht daran, dem von ihr selbst mit abgeschlossenen Verträge Geltung zu verschaffen; ein großer Teil ihrer Mitglieder begeht Vertragsbruch, indem sie mit den Unternehmern den Preis für die in Frage kommenden Arbeiten billiger bereinzahlen, als tariflich festgelegt ist. Das ist allerdings die viel gerühmte „individuelle Freiheit“, nur sollten solche Leute nicht mehr von Kampfgesellschaft reden.

Gelsenkirchen. In Nr. 36 der „Einigkeit“ behauptet Fr. Müller-Bochum, durch die von der Organisation geübte Kartell hätten verschiedene Kollegen der Organisation den Rücken gelockt. Als Beweis dafür führt er a. B. an: in Hamm hätten organisierte Kollegen unter Tarif gearbeitet. Das stimmt. Weßen wir uns die Verhältnisse aber einmal näher. Als im vorigen Jahre nach dem Streik die Arbeiten fertiggestellt waren, gab es einige Monate Festschichten. Verschiedene Kollegen mußten 20 Wochen und länger feiern. Diejenigen Kollegen, die Arbeit bekamen, wurden als Schmutz bezeichnet, und diese Kollegen waren es auch, die es in der Feiertagszeit mit dem Tarif nicht so genau nahmen und auch die Beitragszahlung bezogen. So haben sich leider auch einige organisierte Kollegen, um

Arbeit zu bekommen, ebenfalls genötigt, in Hamm nicht so genau nach dem Tarif zu sehen, zumal, da ein Unorganisierte die Arbeit bereits übernommen hatte. Weiter schreibt Müller, die Firma Pieper übergebe die Arbeiten an den Zwischenmeister Broel aus Essen und die Organisation bulde dies; der Vorliegende bringe es sogar fertig, in Verhandlungen zu erklären, er würde sofort bei Pieper unter Tarif in Arbeit treten, wenn Fr. ihn nur einstellen wollte. Wer laßt das? Ich habe bei der Firma Pieper nach wie vor dem Streik gearbeitet und wäre vielleicht noch heute da, wenn ich es nicht so genau mit dem Tarif genommen hätte, was mir oft von Pieper selbst gesagt worden ist. Pieper, als organisierter Unternehmer hat, solange Organisierte bei ihm in Arbeit standen, den Tarif stets respektiert. Der jetzige Zwischenmeister Broel ist damals gleich nach Vereinbarung des Streiks bei Pieper in Arbeit getreten. Er arbeitete während des Streiks in Gelsenkirchen bei einer Kolonne von acht Mann, die sich nach dem Streik trennte. Die Mehrzahl dieser Kolonne waren Mitglieder der „Freien Vereinigung“. Broel und noch einige gingen bei Pieper an. Wir wurden sofort vorbestellt, aber Pieper erklärte: er bezahle nach Tarif und lasse sich das Recht nicht nehmen, diejenigen einzustellen, die er wolle. Er würde schon dafür sorgen, daß keiner mit Broel zusammen arbeiten dürfe. In einer gemeinsamen Versammlung besprachen wir die Sachlage und beschloßen: „Wenn irgend ein Kollege wegen Arbeitsmangels entlassen und Broel weiterbeschäftigt wird, dann ist sofort Stellung zu nehmen.“ Der Wenzly denkt und Pieper lenkt. Sämtliche Kollegen wurden kurz vor Weihnachten entlassen, nur Broel nicht. Wir haben dann festgestellt, daß Pieper es auch nicht so genau mit dem Tarif hält; Broel arbeitete unter Tarif. Was nun tun? Die Schlichtungskommission anrufen, um vollständig zwecks; denn Pieper hätte einfach gesagt: Arbeit ist nicht da! Dann kam der lange Winter heran. Die Kollegen, die es nicht lange aushalten konnten, ließen die Geschäfte um Arbeit ab, und diejenigen, die es mit dem Tarif nicht so genau nahmen, boten sich billiger an. Arbeit war fast gar nicht vorhanden. So kam es, daß die Geschäfte ganze Stöße Arbeitsnachfragen auf Lager hatten. Kam nun ein Kollege in ein Geschäft, wo Arbeit vorhanden war, so wurde ihm ebenfalls zugewinkt, billiger zu arbeiten. So kam es, daß durch die Nachkationen der Unternehmer und einiger Kollegen der Tarif umgangen wurde. Die tariftreuen Kollegen mußten zusehen, wie die andern arbeiteten. In den Versammlungen, wo die Situation beraten wurde, habe ich gesagt, kein Mittel wäre mir so schädlich, um den Zwischenmeister Broel zu schädigen, und wenn ich unter Tarif arbeiten sollte. Bis heute habe ich das nicht nötig gehabt; aber Mitglieder der „Freien Vereinigung“ haben den Zwischenmeister Broel unterstellt. Nun soll die Sektion schuld daran sein, daß der bekannte Daßler bei Günebeck arbeitet. Bei dieser Firma haben aber Verbandskollegen überhaupt nie festen Fuß fassen können, weil dort bis zu dem Zeitpunkt, wo Daßler die Arbeit angefangen hatte, nur Streikbrecher beschäftigt waren. Damals nahmen einige Kollegen von uns die Arbeit auf, aber auch sie haben nach kurzer Zeit wieder aufgegeben. Mit Daßler zusammen arbeitete nur ein Indifferenter. Dann beleuchtete Müller noch die Verhältnisse bei der Firma Rehmfuß & Borchard und führt an, einige Zentralverbände hätten dort ebenfalls den Tarif durchbrochen. Die Sektion bulde das und habe den betreffenden nicht einmal eine Rüge erteilt. Der Sachverhalt ist folgender: Als im Frühjahr und Anfang dieses Sommers noch die schlechte Konjunktur herrschte und viele Kollegen arbeitslos umherliefen, waren es auch Mitglieder der „Freien Vereinigung“, die sich billiger anboten. Folgendes Zwiesgespräch wurde zwischen dem Geschäftsführer von der Firma Rehmfuß & Borchard und einem Mitgliede der „Freien Vereinigung“, Carl Müller, geführt: Müller: „Ich mache die Arbeit billiger, die andern Geschäfte lassen auch billiger arbeiten.“ Geschäftsführer: „Wir haben den Tarif unterzeichnet und wollen auch danach gehalten. Wir wollen uns nicht in die Zeitung hineinbringen lassen. Sie müssen nicht denken, daß Sie der erste sind, der sich billiger anbietet.“ Müller: „Es braucht ja keiner zu wissen, daß Sie billiger arbeiten lassen.“ Geschäftsführer: „Wenn Sie mir die Beweise bringen, daß andre Geschäfte billiger arbeiten lassen, so können Sie die Arbeiten übernehmen.“ Sie haben dann sich in den nächsten Jahres Arbeit.“ Ich wurde darauf vorbestellt, und der Geschäftsführer sagte mir unter Zeugen, daß dies zutrifft. Er hat also dem Müller einen Tritt gegeben. Müller fing aber doch an, und zwar an einer größeren Arbeit in Hamm. Die Kollegen dort, unter ihnen auch Fr. Müller, hatten einen Sondervertrag abgeschlossen. Im diese Zeit traten Rehmfuß & Borchard aus dem Arbeitgeberverband aus, um die großen Aufträge billiger auszuführen zu können. So kam es, daß auch zwei Kollegen von uns dort unter Tarif gearbeitet haben. Dann kam der bekannte Daßler, der es noch besser verstand, und nun sollte das Geschäft gesperrt werden. Ich machte in der betreffenden Besprechung darauf aufmerksam, daß alle Kollegen zur Stelle sein und auch die andern Organisationen verständigt werden müßten. Müller sagte: „Ich stelle den Antrag, das Geschäft zu sperren; die andern Kollegen haben sich danach zu fügen.“ Ich wies darauf hin, daß nur diejenigen abstimmen hätten, die dort arbeiteten. (Müller hatte in einem andern Geschäft angefangen.) Ich bekam den Auftrag, die Feiertage zur nächsten Besprechung zu laden, was ich auch tat. Anstatt aber zu der Besprechung zu kommen, ging ein zu der „Freien Vereinigung“ gehörender Kollege nach dem Geschäft und zeigte dort die Karte. Wenn zwei sich streiten, kann freut sich der Dritte. Das ist in diesem Falle der Unternehmer.

Holierer und Steinhölzleger.

Berlin. Am 8. September fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung der Steinhölzleger statt. Ein Vortrag des Genossen Ritter wurde von den recht zahlreich erschienenen Kollegen mit großem Beifall aufgenommen. Zur Aufnahme in unsern Verband hatten sich 18 Kollegen gemeldet, von denen der größte Teil aus andern Verbänden übertrat. Der stellvertretende Vorsitzende machte bekannt, daß zwecks genauer Kontrolle bis 18. September sämtliche Mitgliedsbücher bei den Zahlstellenfirmen abgegeben sind. Ferner wurde zur Sprache gebracht, daß

bei den Firmen „Deutsche Steinhölzwerke“ und „Berliner Holzwarenwerke“ der Lohnsatz fortgesetzt umgangen wird. Bei letzterer Firma ist es ein gewisser Vob, der unfre organisierten Kollegen durch fortwährendes Schikanieren hinaussetzte und, nachdem ihm dies gelungen war, sofort unorganisierte einstellte. In ähnlicher Weise handelt Herr Ranguth, Inhaber der Firma „Deutsche Steinhölzwerke“, indem er die organisierten Hilfsarbeiter entließ und die vom städtischen Nachweis bezogenen weit unter dem tarifmäßigen Lohn weiter beschäftigte. Dem Vorstand in Gemeinschaft mit den Verfassendelegierten wurde daher aufgetragen, sofort gegen dieses Verhalten bei den betreffenden Firmen vorstellig zu werden und in einer demnächst einanderzufindenden Versammlung Bericht zu erstatten.

Breslau. Der Streik der Holzierer mußte auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Die Zahl der Streikbrecher war zu groß, um den Streik noch länger aufrecht zu erhalten. Von den 23 Holzierern, die in den Streik eintraten, ist in der fünften (letzten) Streikwoche einer zum Streikbrecher geworden. Aufgabe der hiesigen Holzierer ist es nun, von neuem agitatorisch tätig zu sein und den Kopf nicht hängen zu lassen, damit wir bei erster besser Gelegenheit den Kampf von neuem aufnehmen können.

Wie ein Unternehmerverband Mitglieder „wirbt“.

In Nr. 36 der „Deutschen Arbeiter-Zeitung für das Baugewerbe“ finden wir folgende Bekanntmachung:

Arbeiterverband für das Baugewerbe an der Unterweser.

Die Betonbaufirma Carl Brandt aus Bremen, welche am hiesigen Kaiserhafen Arbeiten ausführt, weigert sich, während der Dauer ihrer hiesigen Beschäftigung unserm Verbands beizutreten und die von diesem gefassten Beschlüsse zu respektieren.

Wir machen unsere Mitglieder auf die wegen Nichtmitgliedschaft bestehenden Nachteile aufmerksam, welche denen mit Nichtmitgliedschaft nicht gearbeitet, noch an sie geliefert werden darf, aufmerksam.

Zu weitergehenden sind unter Strafe gestellt. Bremerhaven, den 25. August 1909.
Carl Rittner, Vorsitzender.

Durch dieses Dokument des brutalsten Unternehmerterrorismus reißt sich wieder mal ein Scharfmacherverband seine heuchlerische Maske so gründlich selbst vom Gesicht, daß man die hinter ihr stehende Gesellschaft in voller Glorie erkennen kann. Diese Leute, die bei jeder Gelegenheit über den Terrorismus der Arbeiterorganisationen heulmeiern, die von dem Hineinpressen der Arbeiter in die Organisationen fern und Zuchtshausgehe für Arbeiter verlangen, die angeblich andre Arbeiter an freiwilliger Arbeit hindern, diese selben Leute fordern ihre Anhänger unter Androhung von Strafe auf, mit einer Firma, die aus irgend einem Grunde nichts mit ihnen zu tun haben will, weder zusammen zu arbeiten, noch an sie Material zu liefern, nur um diese Firma zum Eintritt in ihre Organisation zu zwingen. Würden sich Arbeiter etwas auch nur entfernt Wohlwollens erlauben, sie könnten eine Anklage und Verurteilung wegen Verletzung so und so vieler Paragraphen (Mötigung, Erpreßung usw.) feilen sein. Hier aber, wo Unternehmer mit nackter und offener Brutalität das tun, was sie mit giftigem Gatz so oft von Arbeitern behaupten, hier wird sich kein Staatsanwalt finden, dem es einfiele, die Leute anzufassen, etwa weil sie verurteilt, widerrechtliche Vermögensvorsie für sich zu erlangen. Trotzdem sind in Preußen-Deutschland vor dem Gesetz beinahe alle gleich. Die Unternehmerorgane aber, diese Unschuldengel, werden nach wie vor über den Terrorismus der Arbeiter-jammern.

Auswüchse.

Vor etwa anderthalb Jahren rügten wir die rohen Krügelgehnen, womit die fremdgefriesenen Maurer und die Rolandsbrüder in Hannover die Feiertage ausfüllten. Jetzt ist es wiederum an der Zeit, mit dieser „ehrbaren Gesellschaft“ ein ernstes Wort zu reden. Gegenwärtig bildet Jena einen Sammelplatz dieser Verbindungen, und natürlich betwaltet man sich gegenseitig, daß die Geide wackelt. Soviel man vom Standpunkt der Vernunft dagegen sagen mag, man wird die „Beschäftigten“ sich ruhig verhalten lassen — da sie anscheinend ohne das nicht leben können —, solange sie andre Leute und solange sie besonders die Preise der Arbeiterbewegung nicht stören. Sobald sie das tun und auf ein gutes Wort nicht hören, muß man ihnen den Daumen aus Auge drücken und zwar möglichst herzhaf.

Soweit sind jetzt die Dinge in Jena gekommen. In dem dortigen Parteiblatt finden wir folgenden Klageruf: Die Streitigkeiten zwischen den fremden Zimmerern (den Schwarzbändern) und den fremden Mauern (den Blaubändern, den sogenannten Rolandschädlern) nehmen Formen an, die ein Eingreifen der beteiligten Organisationen zur gebieterischen Notwendigkeit machen. Am Sonntag kam es wieder zu Streitigkeiten, die nur deshalb keine ernstere Gestalt annehmen, weil sich die Wirte, in deren Lokalen die Differenzen zum Austrag kommen sollten, ins Mittel legen und so dem Ausgang einer nicht abzuhelfenden „Holerei“ die Spitze abtragen. Am Sonntag nachmittag fanden sich in der „Solidarität“ in Westjensena die „Schwarzbänder“ ein, um da wie die Wambalen zu haufen. So sollen sie, wie uns berichtet wird, die in diesem Lokal aufgebängten Vereinsbilder der „Blaubänder“ heruntergerissen und total beschädigt haben. Auch einen zufällig im genannten Lokal anwesenden hier ansässigen und verheirateten Maurer, der den „Blaubändern“ angehört, insultierten sie auf das größtmögliche, wobei es nicht an Beleidigungen und Schandgegrifflichkeiten fehlte. Erst im Verein mit der Polizei gelang es dem Wirt, die „Schwarzbänder“ aus seinem Lokal zu entfernen. Da die Sache angezeigt ist, wird ein gerichtliches Nachspiel die Folge sein. Am Sonntagabend nahm im Gewerkschaftshaus die Angelegenheit ihren Fortgang. Im Saal, wo Langmuff abgehalten wurde, beschönigten und verspotteten sich die in großer Anzahl anwesenden „Schwarz-“ und „Blaub-

sehen; zur Verhütung von Seiten- und Längenverbiegungen sind genügend starke Verankerungen (Diagonalfestsetzungen) anzubringen. Die Gerüstbretter müssen genügend stark und richtig nebeneinandergelegt sein. Laufstegen müssen mit festem Geländer und mit Bordbrettern versehen sein und das Ausweichen zweier Personen gestatten. In allen Patentgerüsten ist eine gut begehrtbare Steigleiter anzubringen, der Gerüstbelag muß mindestens 50 cm breit sein. Die Verwendung von Hängegerüsten und Hängegerüsten ist nur mit besonderer Holzpolizeilicher Genehmigung zulässig. Bei allen mit Gefahr des Absturzes von Personen verbundenen Arbeiten sind besondere Schutzgerüste anzubringen. Die Holzbaugerüste sollen stehen bleiben, bis die Dachdeckung und die übrigen Dacharbeiten vollendet sind. Beim Neubau von drei- und mehrgeschossigen Gebäuden mit harter Dachung sind Schneefanggitter, bei Dächern mit mehr als 30 Grad Steigung genügend zahlreiche und starke Dachbalken anzubringen. Bei Reparaturen ist am Fuße des Daches eine Vorrichtung anzubringen, die das Abrutschen von Menschen und Material zu verhindern imstande ist. Wenn an steilen Dächern ein an gefährlichen Gebäudeteilen geeignete Stützgerüste nicht hergestelt werden können, sind Sicherheitsgürtel und starke Seilen bereitzuhalten und die Arbeiter zum Gebrauch derselben anzuhalten. Beim Einbinden und Aufstreichen von Wänden muß unter denselben ein mit Weichem abgedecktes Gerüst angebracht sein. Das Ueberhandmauern ohne Schutzgerüst ist nur in bestimmten Fällen zulässig. Verwendete Leitern müssen den Austritt entsprechend überragen und gut befestigt sein; die Sprossen dürfen nicht durch ausgelegte Holzstücke ersetzt sein; der Transport von Lasten auf Leitern ist nur zulässig, wenn eine anderweitige Beförderung nicht möglich ist; Leitern dürfen nicht als Laufgänge oder als Gerüstgestelle verwendet werden. Material-Laufgänge sind, soweit wie möglich, zu verhindern, daß Unfälle ausgeholfen werden; bei Bauaufgängen mit Maschinenbetrieb sind weitere (in den Vorschriften aufgeführte) Vorrichtungen zu treffen. Alle Gerüstteile und Zubehör müssen in entsprechenden Zwischenräumen sorgfältig untersucht werden. Der Abbruch von Gebäuden oder Gebäudeteilen darf nur unter sachverständiger Leitung und Aufsicht erfolgen; Sprengungen dürfen nur mit Erlaubnis der Distriktpolizeibehörde vorgenommen werden. Schutz für beim Ausschütten und Aufladen zur Vermeidung des Staubes ausreichend zu begießen. Am Ausgang der Steinröhren dürfen die Steine nicht mit der Sand entfernt werden. Baugruben und Gräben müssen eine entsprechende Abdeckung erhalten oder gut abgeleitet werden; zur Herstellung und Zurückführung von Ausschüttungen jeder Art dürfen nur sachgemäß ausgebildete Arbeiter verwendet werden. Öffnungen in den Balken- (Träger-)lagern und Gesäbeldecken, Kallgruben und sonstigen beim Verkehr der Bauarbeiter in Betracht kommenden Vertiefungen der Baustelle sind einzufrieden oder zu überdecken. Bei Glatteis und Frostwetter sind die Gerüstbretter, Treppen und Laufbalken mit Sand zu bestreuen. Vor dem Einschauen oder Einsteigen in Brunnenlöcher, Abortgruben und Kanäle ist festzustellen, ob dort keine gefährlichen Gase vorhanden sind; der zuerst einsteigende Arbeiter ist anzuflehen. Offene Kofen- und Kohlenfeuer dürfen zum Austrocknen und Erwärmen der Räume nicht verwendet werden. Bei allen Bauten, bei denen mehr als zehn Arbeiter gleichzeitig beschäftigt werden, sollen zur Benutzung während der Arbeitspausen geeignete Unterflurräume zur Verfügung gestellt werden; die auch einen Verbindungsgang enthalten müssen; bei Bauten dieser Art kann die Baupolizeibehörde erforderlichen Falles die Bereitstellung von Seitenraumverrichtungen für die Arbeiter fordern. Auf jeder Baustelle ist Reinwasser bereit zu stellen, dagegen ist die Verabreichung von geistigen Getränken während der Arbeitszeit zu unterlassen; betrunkenen Arbeitern ist das Betreten der Baustelle nicht zu gestatten. Bei allen Bauten sind geeignete, für die Geschlechter getrennte Aborte zur Verfügung zu stellen. Verantwortlich für den Vollzug dieser Vorschriften sind der bauleitende Baumeister oder Bauhandwerker, daneben die besonders beauftragten Aufsichtspersonen, außerdem innerhalb ihres Geschäftskreises jene Unternehmer von Nebenbetrieben, die in selbständiger Weise zur Ausführung der Bauten beitragen, oder die von diesen letzteren beauftragten Aufsichtspersonen. Obige Vorschriften müssen auf Bauten mit mehr als zehn gleichzeitig beschäftigten Arbeitern in klarer und sichtbar angebracht werden. Die Baupolizeibehörde kann besonderer Verhältnisse halber von einzelnen dieser Vorschriften dispensieren, andererseits bleibt die Erhaltung weitergehender arbeitspolizeilicher Vorschriften vorbehalten.

*** Besseren Bauarbeiterlohn an Staatsbauten.** Zu diesem Thema wird uns aus Karlsruhe geschrieben: Seit Jahren versuchen die Bauarbeiter durch Petitionen an die verschiedenen Behörden solche Schutzbestimmungen zu erhalten, die in Verbindung mit einer durchgreifenden Baukontrolle die Garantie dafür bieten, daß das Leben und die Gesundheit der gesamten Bauarbeiter besser als bisher geschützt wird. Wie berechtigt diese Forderung ist, wurde schon sehr oft bewiesen. Sehr oft haben aber auch die Bauarbeiter die Behauptung aufgestellt, gerade an Staatsbauten sei es mit der Durchführung des Bauarbeiterlohnabkommens am schlechtesten bestellt. Dies trifft wieder einmal am hiesigen Wohnhofbau, der dem Vorsteher der Unternehmer Mall zur Ausführung übertragen wurde, in vollem Maße zu. An dieser Baustelle geht es zurzeit durch die rücksichtslosere Antreibung des Unternehmers Mall und seiner Polizei so leichtsinnig zu, wie noch nie zuvor auf einer andern Baustelle in Karlsruhe. Kein Gerüst kann diesen Leuten schnell genug gebaut werden. Sehr oft kommt es vor, daß Material auf Gerüste gehängt wird, ohne diese überhaupt genügend abgeleitet sind. Es ist geradezu als ein Wunder zu bezeichnen, daß an diesem Bau nicht schon jetzt größeres Unglück passiert. Kam es doch öfter vor, daß am elektrischen Kran, der zum Materialtransport dient, Steine wieder auf die Erde zurückfielen. Die Arbeiter schreiben dies dem Versagen des elektrischen Motors zu. Anstatt daß nun Mall mit seinen Helfern die Ursache dieser Vorkommnisse genau feststellt, versucht man immer wieder die Schuld auf die Arbeiter zu wälzen. Erst kürzlich, als der Motor versagte und ein Stein wieder auf die Erde zurückfiel, hätte Mall:

„Das sind leichtsinnige Teufel, sagt sie einfach dem Teufel zu“. Mall bringt es überhaupt sehr gut fertig, alle Tage den Arbeitern gegenüber Drohungen auszusprechen, wie: „Heute Abend bekommt der oder jener sein Geld, heute Abend muß ich wieder ein paar Fortjagen“ usw. Wie kann genug gearbeitet werden, Leiber muß konstatiert werden, daß diese Zustände nur durch die Schuld der staatlichen Baukontrolle vorhanden ist, wird leichtfertig gearbeitet, denn wenn der Unternehmer nur den Profit, ganz gleich, ob er nur auf Kosten der Bauarbeiterinnen eingeschminkt wird. In früherer Zeit haben wir einmal die Behauptung aufgestellt, zwischen dem Unternehmer Mall und der staatlichen Bauleitung bestehe eine sehr gute Harmonie. Auch heute noch sind die Arbeiter, insbesondere die Maurer, davon fest überzeugt. So wissen z. B. so oft die staatliche Bauinspektion kommt, die Polizei immer vorher schon Bescheid. Dann wird es schnell den Arbeitern zu verstehen gegeben. Die Bauinspektion verlangt ausdrücklich, daß alle Bausteine, ehe sie vermauert werden, gut nachgemacht werden, damit die Verbindung der Steine mit dem Mörtel gut wird. Wenn nun die Inspektion kommt, dann wird Wasser zu diesem Zweck in Külle und Fülle auf das Gerüst gebracht, ohne daß die Maurer auch nur einmal nach Wasser zu rufen brauchen. Ist aber die Inspektion verschwunden, dann werden nicht nur die Bausteine trocken vermauert, sondern auch die Wasserkanäle werden trocken, und wehe dem Maurer, der sich dann erlaubt, nach Wasser zu rufen, der bekommt ein Donnerwetter zu hören, daß es nur so fradit. Unse dort beschäftigten Kollegen behaupten, noch nie an einer Baustelle gearbeitet zu haben, an der die Antreibung so rücksichtslos betrieben wird, und die Behandlung eine solche schlechte ist, wie auf diesem Bau. Wenn ein Arbeiter befreit ist, solche Arbeit zu leisten, insbesondere die Gerüste zu heraufstellen, wie es sich gehört, dann laugt er nichts, dann dauert alles zu lang, dann wird ihm mit der Entlassung gedroht. In einer kürzlich stattgefundenen Versammlung wurde von den Arbeitern gesagt, Mall als Vorherr sei der einzige Unternehmer in Karlsruhe, der die Arbeiter geradezu als Knechte behandelt. Wenn dort eine durchgreifende Baukontrolle stattfände, dann könnten derartige Dinge überhaupt nicht vorkommen, dann müßte man auch schon längst gefunden haben, daß unter der elektrischen Leitung unter allen Umständen ein Fangehr angebracht werden muß. Mall scheint dies nicht zu wissen, und Abhilfe wird, wie immer, erst dann wieder geschaffen werden, wenn ein Draht gerissen und dadurch ein oder mehrere Arbeiter ins „Jenseits“ befördert sein werden. In einem am 13. Februar d. J. in „Karlsruher Tagblatt“ veröffentlichten Artikel wird darauf hingewiesen, daß es zweckmäßiger wäre, wenn an jeder Baustelle mit 20 Arbeitern von letzteren ein Vertrauensmann gewählt würde, der sich dann mit dem Baukontrolleur bei etwa vorkommenden Mißständen in Verbindung setzen könnte. In den hiesigen Privatbauten besteht diese Einrichtung; wählbar weder zum Schaden der Arbeiter noch der Unternehmer. Nur an Staatsbauten kann diese Einrichtung, trotzdem ein Vertrauensmann der Arbeiter vorhanden ist, nicht durchgeführt werden, weil der Vertrauensmann sowie die gesamten Arbeiter überhaupt dort noch keinen Baukontrolleur gesehen haben. Es ist dies ein unverantwortlicher Mißstand, und wenn die ständige Behörde nicht bald für eine durchgreifende Baukontrolle auch an Staatsbauten sorgt, dann braucht sie sich nicht zu wundern, wenn die Bauarbeiter das hiesigen Bauten für zu vollständig verlieren und für die hiesigen Erlasse und Verordnungen keinen Respekt mehr haben, weil diese ja doch nur auf dem Papier stehen und bei Preisgabe nur als „Befähigungsmittel“ gegenüber den berechtigten Forderungen der Bauarbeiter betrachtet werden müssen. Dem Unternehmer Mall aber wollen wir mitteilen, daß wenn die Behauptung der Arbeiter von ihm und seinen Helfern nicht bald besser wird, ihm die Maurer mit Hilfe der Organisation recht bald und recht deutlich zu verstehen geben werden, daß der Mensch nicht erst beim Unternehmer und seinen Stellvertretern anfängt, und daß auch die Maurer Anspruch darauf haben, vollständig behandelt zu werden. Wir sind hier in Karlsruhe und lassen uns das prophanhafte Auftreten der Vorsteher Unternehmer unter keinen Umständen länger gefallen.

Gewerkschaftliches.

*** Der Großstreik in Schweden.** Die Generalkommission fordert in einem Aufruf zur weiteren Unterstützung der Ausgesperrten und Streikenden in Schweden auf:

Der Kampf der schwedischen Arbeiterschaft gegen die Massenaußsperrungstaktik des organisierten Unternehmertums geht nun bereits in die sechste Woche. Mit beispielloser Entschlossenheit und Pünktigkeit haben die schwedischen Proletarier ihren großen Kampf geführt. Fünf Wochen lang fanden circa 75 p. H. der gesamten Industrie- und Bauarbeiter des Landes im allgemeinen Ausstand ohne reguläre Unterstüttung. Nur den Bedürfnissen konnte eine Beihilfe gewährt werden. Selbst die 100 000 Unorganisierten, die sich aus Solidarität dem Kampfe angeschlossen haben, hielten bis auf einzelne Ausnahmen tapfer aus.

Nach fünfwoöchigem Ausstand haben die schwedischen Gewerkschaftsvorstände jetzt beschlossen, eine Frontänderung zu vollziehen. Der Kampf soll im weiteren sich nur gegen den einen großen Unternehmerverband richten, der ihn durch Lohnreduktionen und Massenaußsperrungen heraufbeschworen hat.

Im Organisationsbereich dieses Unternehmerverbandes sind rund 165 000 organisierte Arbeiter der verschiedenen Industriezweigen beschäftigt. Diese werden den Kampf weiterführen, bis ein die Arbeiterschaft befriedigender Abschluß zustande kommt.

Dagegen sollen nach dem Beschluß der Gewerkschaftsvorstände circa 100 000 Arbeiter der Maschinenbauindustrie, der Bauindustrie, der Gemeinbetriebe, Straßenbahnen und der Buchdruckerei die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem mit den hier beteiligten Unternehmerorganisationen zufriedenstellende Vereinbarungen getroffen sind.

Aber auch diese Wiederaufnahme der Arbeit kann sich nicht überall glatt vollziehen, weil die Gemeinbetriebe und auch die Straßenbahngesellschaften, wie auch zum Teil die Buchdruckereien den Arbeitern entsprechende persönliche Beiträge auszurufen wollen.

Die konservative Regierung Schwedens hat sich völlig in den Dienst des ausserordentlichen Unternehmertums gestellt. Sie will den Arbeitern zum Siege verhelfen, indem sie alle Machtmittel des Staates in deren Dienst stellt. Die Arbeiterschaft sieht daher einem mächtigen Feinde gegenüber, der kein Machtmittel zu ihrer Unterdrückung unberührt läßt.

Durch die beschlossene Frontänderung werden die Gewerkschaften etwa 165 000 Mitglieder im Kampfe behalten. Sie, wie ihre Mitglieder, sind fest entschlossen, in diesem Umfange den Kampf fortzuführen.

Der Kampf in Schweden ist also keineswegs beendet, wie die bürgerliche Presse glaubhaft machen will, er ist auch nicht im Abflauen begriffen, er ist nur in seinem Umfange eingeschränkt, in seiner Richtung auf eine der verschiedenen Arbeitergruppen konzentriert. Mehr als 160 000 Arbeiter stehen noch im Ausstand, in der Erwartung, daß ein ehrlicher Friede unter annehmbaren Bedingungen ihren opfervollen Kampf lohnt. Das ist nicht nur der Wunsch der Arbeiter Schwedens, sondern der Arbeiterschaft aller Länder, soweit sie an dem Kampfe der schwedischen Arbeiter Anteil nehmen. Die deutschen Arbeiter insbesondere, die bisher in so rühmlicher Weise die schwedischen Arbeitsgenossen unterstützt haben, werden begreifen, daß es nunmehr gilt, einen mit so beispielloser Einmütigkeit und Hingabe geführten Kampf auch zum glücklichen Siege zu bringen. Wir hoffen daher, an unsre Genossen nicht vergebens zu appellieren mit der Aufforderung, die Sammlungen für Schweden mit unvermindelter Energie fortzusetzen und nicht eher nachzulassen, als bis sie von der Generalkommission durch öffentlichen Aufruf als beendet erklärt werden.

Die Gewerkschaftskomitee werden ersucht, diese Sammlungen durch öffentliche Versammlungen unter Darlegung des derzeitigen Standes der Dinge zu fördern. Alle Selbstungen sind nach wie vor nur an die Adresse des Kassiers der Generalkommission, H. Ruhe, Berlin SO. 16, Engelstr. 15, zu richten. Auf dem Postschiff ist anzugeben, daß der Betrag für Schweden bestimmt ist.

*** Internationale Gewerkschaftskongresse.** Die sechste Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen fand vom 30. August bis zum 1. September in Paris statt. Vertreter waren diesmal die Länder Deutschland (durch Cassenbach und Regien), Österreich, Ungarn, Kroatien, Bulgarien, Schweiz, Holland, Dänemark, Norwegen, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, Rumänien, England und Nordamerika. Schweden war nicht vertreten, weil der Kampf seinen Mann entsehllich machte. Auch diesmal gab es einige Zulassungstreitigkeiten; Rumänien hatte einen in Paris lebenden Genossen mit der Vertretung betraut, er wurde nur als Gast mit beratender Stimme, aber nicht als Delegierter anerkannt. In Bulgarien bestehen zwei Landesorganisationen, von denen die eine dem internationalen Sekretariat angeschlossen ist. Die außerhalb des Sekretariats stehende Organisation hatte einen Vertreter geschickt, der aber ebenfalls nur als Gast zugelassen wurde. Das gleiche Los teilte Compens, der Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften, da die A. F. of L. den Anschlag an die Internationale noch nicht endgültig beschlossen hat. Von den bedeutendsten Fragen, die die Konferenz betraf, ist zuerst die des Anschlusses der Gewerkschaften Nordamerikas an die Internationale erwähnt. Compens erklärte, daß er den Anschlag befürworten wolle. Wenn Compens dies tut, so wird die Föderation auch jedenfalls demgemäß beschließen. Damit wäre viel gewonnen. Es wird immer unangenehmer fühlbar, daß zwischen den europäischen und amerikanischen Gewerkschaften jede Verbindung fehlt. Die nach Amerika auszuwandernden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Europas stehen drinnen vor großen Schwierigkeiten. Die dortigen Organisationen sind ihnen verschlossen und öffnen sich, wenn überhaupt, so nur nach Zahlung unerhöht hoher Eintrittsgelder. Dadurch ist ihnen eine solche Verbindung viel verfrümmelt bei den darunter Lebenden hervorgerufen, die auch dem Mute der amerikanischen Organisationen nicht gut tun kann. Eine engere Verbindung zwischen uns und den Amerikanern müßte diesen Zustand beseitigen. Außerdem würde sie einen Meinungsanstausch ermöglichen, durch den wir uns drüber die Kenntnis von der Arbeiterbewegung erweitern würde. Das ist wirklich sehr nötig. Was die Arbeiter Europas und Americas heute voneinander erfahren, sei größtenteils durch bürgerliche Vermittlung. Da ist es selbstverständlich, daß man die Dinge nur entsehllich und falsch sehen kann. Und doch wäre es für beide Teile auch manchmal von praktischer Bedeutung, mehr von einander zu wissen. Wenn sich beide Bewegungen bis heute noch fremd gegenüberstehen, so liegt die Schuld daran zum größten Teil bei den Amerikanern. Seit längerer Zeit wird das internationale Sekretariat um die amerikanischen Gewerkschaften. Was es erzieht, waren Worte, nichts als Worte. Jetzt ist nun Compens in Europa gewesen und es ist möglich, daß es nun anders wird. Er ist von den deutschen Gewerkschaften würdig und freundschaftlich empfangen worden, man hat ihm jede Auskunft gegeben, die er wünschte, er mag nun drüber berichten, welche Organisationen es sind, die den Amerikanern die Hand bieten. Compens sagte bei mehreren Gelegenheiten: Es ist für die von ihm vertretene Organisation das Recht malteser müße, auch bei Anschlag an die Gewerkschaftliche Internationale selbst zu bestimmen, nach welchen Methoden sie den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen habe. Das ist selbstverständlich; auch die deutschen wie die europäischen Gewerkschaften überhaupt müssen sich dies selbstbestimmungsrecht vorbehalten. Daran kann der Anschlag der Amerikaner nicht scheitern. Aber was man von ihnen verlangen wird und muß, ist eine bessere Behandlung der Einwanderer, und eine tätige Solidarität. Die Reden des Mr. Compens von Internationalität und Brüderlichkeit klingen uns sehr kühl, da ihnen die stambulische Fackel gegenübersteht, daß die amerikanischen Gewerkschaften bis

her noch keinen Wiffertling für die kämpfenden Arbeiterbrüder in Schweden übrig hatten. Wenn die A. F. of L. also den Anblick an unsere Internationale vollziehen will, dann muß sie auch bereit sein, die selbstverständlichen Pflichten internationaler Solidarität zu übernehmen. Das gleiche gilt für die Herren Engländer, die zwar der Internationale angehören, aber den aus dieser Zugehörigkeit erwachsenden Pflichten nur zum kleinsten Teile nachkommen. Auch sie sperren ihre Organisationen gegen die kontinentale Einwanderung durch hohe Eintrittsgebühren ab und auch sie leisten für den Kampf in Schweden nichts, obwohl es ihnen ihre Mittel sehr gut erlauben und obwohl sie bei früheren Kämpfen mit großen Summen aus dem Auslande unterstützt worden sind.

Die französischen Organisationen sind nun wieder aus ihrem Schmolzwinkel hervorgekommen, in den sie sich zurückgezogen hatten, als man ihre Anträge auf Verhandlung des Militärstreiks und einiger anderer Fragen abgelehnt hatte. Auf der Konferenz lag die Bestimmung darüber noch etwas nach, doch hat es den Anschein, als ob der Zwist überwunden wäre. Ein Antrag der französischen Vertreter, internationale Gewerkschaftskongresse abzuhalten, wurde zwar diskutiert, doch gegen ihn die Antragsteller zurück, da seine Ablehnung sicher erschien. Auf Antrag der deutschen Delegierten wurde der Legitimationszwang für ausländische Arbeiter in Preußen besprochen. Die einzelnen Landesorganisationen sollen in einer ihnen geeignet erscheinenden Weise dagegen wirken. Von den englischen Vertretern wurde ein Vorgehen der Arbeiterpartei in Aussicht gestellt, um die Anwendung von Streikbrechern nach andern Ländern durch die Gesetzgebung zu verhindern. Das wären die wichtigsten Ergebnisse der internationalen Gewerkschaftskonferenz. Regien wurde als Sekretär wiedergebählt, es soll ihm freistehen, eine Hilfskraft für die laufenden Arbeiten des Sekretariats anzustellen. Die nächste Konferenz soll 1911 in Budapest stattfinden.

Soziales.

„Menschen.“ In Wofen gibt es eine Firma W. G. & Co. Die Inhaber dieser Firma sind aus einer sehr armen Familie hervorgegangen, und traurige Kinderjahre haben sie erlebt. Das hindert sie aber heute nicht, die Armut mit Füßen zu treten. Ein hektographierter Zettel, für Poliere und Schachtmeister bestimmt, verzeichnet 24 Arbeiter, die wie es in dem Schriftstück heißt, nicht angenommen werden dürfen. Weiter heißt es: Ferner dürfen Personen, die über 55 Jahre alt sind, auch nicht angenommen werden. Schlecht aussehende, gebrechliche und krankhafte Leute sind von der Aufnahme feststehend ausgeschlossen. — Was soll mit dem Arbeiter werden, der bis zum 55. Jahre als Ausbeutungssobjekt gut genug war? Danach fragen die Herren W. G. & Co. gar nicht. Sie haben augenscheinlich vergessen, wie es ihnen früher ergangen ist. Die Arbeiter aber werden diesen Hohn auf ihr Menschtum entsprechend würdigen. Sie wissen, daß es Auswüchse der kapitalistischen Weltordnung sind, die nur durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung beseitigt werden können.

Soziale Rechtspprechung.

*** Mittellose Unternehmer als „Arbeitgeber.“** Vor dem Gewerbegerichte zu Düsseldorf wurde kürzlich ein Urteil gesprochen, das auch für unsere Kollegen von Interesse sein dürfte. Nach der „Rdn. Ztg.“ lag ihm folgender Tatbestand zugrunde:

Vor dem genannten Gerichte klagten die Arbeiter Sch. und S. gegen die Firma Gebrüder S., Baugeschäft, auf Zahlung von M. 27,92 bzw. M. 21,42 Restlohn. Die betreffenden Arbeiter waren vom Arbeitsnachweis zu der Firma geschickt, von dieser aber dem „Unternehmer“ D. überwiesen, der als selbständiger Unternehmer die Ausschachtungsarbeiten an 21 Häusern von der Firma übernommen hatte. Da die Arbeiter von dem vermögenslosen D. keine Zahlung des schuldigen Lohnes zu erhalten vermochten, klagten sie gegen die Firma Gebr. S. als eigentliche Arbeitgeber, indem sie sich darauf beriefen, daß diese sie auch zur Krankenlaste angemeldet, die Beiträge bezahlt, ebenso die Unfallversicherungen geleistet habe. Die Firma bestritt in der Gewerbegerichtsitzung vom 20. August diese Ansprüche, indem sie ausführt, der D. sei selbständiger Unternehmer, als solcher in Wilmersdorf bei Berlin eingetragen und habe die Fertigstellung der Arbeiten kontraktlich übernommen. Die Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge habe sie nur deshalb bezahlt, weil D. keine Bar-mittel hatte, und solche auch dem D. in Anrechnung gebracht. Aus den weiteren Verhandlungen ergab sich, daß D. zwar als Unternehmer in W. eingetragen, in Düsseldorf jedoch meistens als Vorarbeiter bei seinem Bruder, dem Schachtmeister D., beschäftigt, völlig mittellos war und sich die nötigen Gerätschaften teilweise beschaffen mußte. Das Gewerbegericht entschied dahin, daß bei der notorischen Mittellosigkeit des D. von einer Unternehmermerktätigkeit keine Rede sein könnte, daß er vielmehr nur als Arbeitnehmer bei der Firma beschäftigt gewesen, wobei es belanglos sei, in welcher Form er entlohnt würde, daß er als „Unternehmer“ von der Firma nur vorgeschoben sei, um diese vor den Ansprüchen der Arbeiter zu schützen, und daß die Firma als eigentliche Arbeitgeberin zur Zahlung des Lohnes an die Kläger zu verurteilen sei.

*** Der Tarifvertrag in der Rechtspprechung.** Das Gewerbegericht zu Augsburg hatte die Frage zu entscheiden: „Gilt ein für das gesamte Baugewerbe eines Bezirks abgeschlossener Tarifvertrag auch für die Tiefbauunternehmungen?“ Gilt er auch für Firmen, die nicht Mitglied des vertragschließenden Arbeitgeberverbandes sind, wenn sie mit ihren Arbeitern nicht besondere Vereinbarungen getroffen haben?“

Zwischen dem Verbands der Arbeitgeber des Baugewerbes für Augsburg und Umgebung und den Zentralverbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands,

Zweigverein Augsburg, wurde ein Tarifvertrag für das Baugewerbe in Augsburg und den umliegenden Orten abgeschlossen. Nach § 2 dieses Vertrages findet unter andern Dingen auch am Vorabend vor dem Friedensfeste Arbeits-schluß um 4 Uhr statt, wobei aber der Lohn bis 6 Uhr zu bezahlen ist. Auf Grund dieser Bestimmung verlangt der Kläger Lohnzahlung für zwei Stunden. Die Beklagte, die dem Arbeitgeberverbande nicht angehört, weigert die Nachzahlung mit der Begründung, der Tarifvertrag habe für sie, da sie an dessen Abschluß nicht beteiligt gewesen, keine Geltung; zudem gelte er bloß für Hochbauarten, nicht aber für Tiefbauten.

Die Beklagte ist beurteilt. Aus den Gründen: Es ist zwar nicht ausdrücklich in den Tarifvertrag die Ausdehnung seiner Geltung auf den Tiefbau aufgenommen, aber es ist zweifellos, daß derselbe sich auch auf Tiefbauunternehmungen erstreckt. Im Vertrage selbst ist der Tiefbau nicht ausgeschlossen, in § 4 des Vertrages ist unter andern von Wasserarbeiten, die sich nur im Tiefbau finden, die Rede und schließlich deutet auf obige Auffassung die Tatsache hin, daß nach Wahrung des klägerischen Verweises auch Tiefbauunternehmer am Abschluß des Vertrages beteiligt waren. Ferner gelten nach der bisherigen Rechtspprechung der Gewerbegerichte die Bestimmungen von Tarifverträgen dann als örtliche Arbeitsbedingungen für das ganze betreffende Gewerbe, wenn die Mehrzahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in dem betreffenden Bezirke dem Tarifvertrag sich unterworfen haben. Letzteres ist hier der Fall, indem fast alle hiesigen Baugewerbetreibenden und die Mehrzahl der im hiesigen Baugewerbe Beschäftigten den eingangs erwähnten Berufsverbänden angehören. Die Frage, ob sich die Mehrheit der Tiefbauarbeiter dem Vertrage angeschlossen hat oder nicht, ist nicht zu prüfen; denn da der Vertrag laut § 1 auf das gesamte Baugewerbe ausgeht, ist, können bei der Frage nach der Majorität auch nur die Arbeitgeber bzw. Arbeiter des gesamten Baugewerbes in Betracht gezogen werden.

Nach der oben erwähnten Auffassung gilt der Tarifvertrag daher für alle Baugewerbetreibenden und alle Maurer und Bauhilfsarbeiter in Augsburg und Umgebung, gleichgültig, ob sie den vertragschließenden Organisationen angehören oder nicht. Es kann daher nicht in das Belieben einzelner Arbeitgeber gestellt werden, dadurch die Wirkung des Tarifvertrages einseitig zu hemmen, daß sie demselben nicht beitreten. Trotzdem hat ein Arbeitgeber die Möglichkeit, durch Sonderbestimmungen die Wirksamkeit des Tarifvertrages außer Kraft zu setzen. Hat er aber, wie es hier unbetritten der Fall ist, solche Sonderbestimmungen nicht getroffen, so ist auf die tarifmäßigen Bestimmungen zurückzugreifen.

Eingegangene Schriften.

Die Rechtspprechung in Unfallrentenstreitsachen. Von Hermann Müller. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis geb. M. 3. Der Verfasser hat, übersichtlich geordnet, die wichtigsten Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes aus den Amtsblättern, den Zeitschriften der Berufsvereinigungen und dem Material, das ihm als Sekretär im Zentralarbeitssekretariat zur Verfügung stand, kurz im Auszug unter Quellenangabe wiedergegeben. Ein sehr detailliertes Sachregister erleichtert die Auffindung einer besonderen Entscheidung aus dem reichen Material, das hier zusammenggetragen ist.

„Die neue Zeit“, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie, Verlag von P. Singer, Stuttgart. Heft 50. Preis 25 A.

„In Freien Stunden“, Roman und Erzählungen für das arbeitende Volk. Heft 36 und 37. Preis pro Heft 10 A. Jede Woche erscheint ein Heft.

„Der Wahre Jacob“, Nr. 19. Verlag von P. Singer, Stuttgart. Preis 10 A.

„Der Süddeutsche Postillon“, Nr. 19. Verlag von M. Ernst, München. Preis 10 A.

Briefkasten.

* Mehrere Berichte mußten wegen Raummangels zurückbleiben.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Cornelius Siegerslev, geb. 13. März 1888, zu Kopenhagen, Dän., Nr. 21 853, wird ersucht, seine Adresse an **Jürgen Jensen, Duisburg, Unterberich Nr. 8**, gelangen zu lassen. [M. 1,50]

Frankfurt a. d. O.

Sonnabend, den 25. September, feiert der Zweigverein im Etablissement „Edorado“, Dufschuhlentweg 84, sein

* Stiftungsfest *

bestehend in: **tomischen Vorträgen, Verlosung, Preisstücken und Ball.** Karten sind zu haben bei den Hilfskassierern, im Gewerkschaftshaus und bei W. S. u. L.

Freunde und Gönner sind herzlichst eingeladen. Der Vorstand. NB. Arbeitslose haben gegen Legitimation freien Eintritt.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht die alle Beiträge der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode eine Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 1 A.)

Bamberg. Am 4. September starb unser treuer Kollege **Johann Tutter** aus Merzenbach im Alter von 85 Jahren.

Berlin. Sektion der Puffer. Am 5. September starb unser Mitglied **August Sperling** im Alter von 50 Jahren an Herztod.

Dresden. Am 5. September starb unser Mitglied, der Kollege **Hermann Kärnig** aus Reichenberg im Alter von 82 Jahren an Herztode.

Düsseldorf. Am 4. September starb unser Mitglied **Hermann Felsch** im Alter von 84 Jahren durch Sturz von der Treppe. — Am 6. September starb unser Mitglied **Willi Lengerdorf** im Alter von 85 Jahren an Lungenerleiden.

Freiburg. Am 4. September starb unser Kollege **Gottfried Skarupke** aus Neuchâtel im Alter von 69 Jahren an Herztode. — Am 9. September starb unser Kollege **Friedrich Jendricke** im Alter von 49 Jahren an Schlaganfall.

Grünberg i. P. Am 10. September starb nach langem Leiden unser Mitglied **Hermann Tscholl** im Alter von 29 Jahren an Brustentzündung.

Mainz. Am 9. September starb unser Verbandskollege **Heinrich Müller** von Seltstheim im Alter von 21 Jahren an chronischem Lungenerleiden.

Mercane. Am 3. September starb unser Verbandskollege **Julius Steinbach** aus Schönberg im Alter von 71 Jahren an Herzschlag.

Schopfloch. Am 9. September starb nach schwerstem Leiden unser treuer Verbandskollege **Friedrich Hutmann** im Alter von 50 Jahren an Herztode.

Schwibus. Am 3. September starb unser Verbandskollege **Wilhelm Piefke** aus Kutschlau im Alter von 59 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls.

Steinbergen. Am 3. September starb unser Verbandskollege **Karl Steimeier** im Alter von 35 Jahren an einem Unfall auf der Baustelle.
Ehre ihrem Andenken!

Schreiberhan.

Sonntag, den 26. September, feiert unsere Zastelle ihr

herbstvergnügen

in Liebig's Hotel „Union“

verbunden mit humoristischen Vorträgen

Anfang 6 Uhr nachmittags. Eintritt 50 A.

Alle Kollegen der Zastelle sowie die aus dem Zweigverein Kummerdort werden dazu freundlichst eingeladen. [M. 4,20] Das Komitee.

Stavenhagen.

Sonntag, den 26. September, abends 6 Uhr, feiert der Zweigverein sein

Vereinsvergnügen

im Lokale des Herrn **Soldwisch.**

Sämtliche Kollegen werden dazu freundlichst eingeladen. [M. 2,80] Der Vorstand.

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorkasse, K Kassierer, L Vertretungslokal, H Herberge, HZ Heftentfernungsfeld nicht ausgegibt.)

Duisburg. Das Bureau befindet sich: Ruhrortstr. 113.

Göttingen. L und H vom 1. Oktober an „Kaiserhalle“, Wilhelmplatz 3, Belfiger Klyng.

Seide. V Friedrich Hinrichs, Am Brandweg, K Peter Strube, Grundweg 17.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 19. September:

Allstedt. Nachm. 3 Uhr.

Luckenwalde. Nachm. 2 1/2 Uhr. E.-D. Lohnfrage. Referent anwesend.

Nebra. Nachm. 2 1/2 Uhr im „Ratskeller“. Referent aus Leipzig anwesend.

Schwelbitz. Abends 8 Uhr im Arbeiter-Rathaus.

Montag, den 20. September.

Waldhelm. Abends 6 1/2 Uhr im Restaurant „Schweizerhof“. Wäcker mitbringen.

Dienstag, den 21. September.

Striegau. Nachm. 6 1/2 Uhr im „Fürst Bismarck“.

Sonntag, den 26. September.

Würzburg. Vorm. 10 Uhr im „Osten“.

Sonntag, den 10. Oktober.

Havelberg. Nachm. 3 Uhr bei Deu. Wichtige Tagesordnung. Referent ist anwesend.